

## Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 23. Juni 2005, 19.00 Uhr, Rathaus

---

Vorsitz: Marcel Huggenberger, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 42  
Mitglieder des Gemeinderates: 7  
Franz Hard, Schulpflegepräsident  
Martin Frey, Finanzverwalter  
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Bärlocher Rudolf, Mitglied des Einwohnerrates, SVP  
Bürgi Patrick, Mitglied des Einwohnerrates, CVP  
Gähler Christoph, Mitglied des Einwohnerrates, FDP  
Meier Barbara, Mitglied des Einwohnerrates, CVP  
Rufener Andreas, Mitglied des Einwohnerrates, EVP  
Schibli Patricia, Mitglied des Einwohnerrates, Forum 5430  
Steiner Hermann, Mitglied des Einwohnerrates, SVP  
Würmli Reto, Mitglied des Einwohnerrates, FDP

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Hans-Ulrich Sauser (anstelle der zurückgetretenen Pia Müller)
2. Protokolle der Sitzungen vom 10. März und 12. Mai 2005
- 3.1 Einbürgerung; Akdas Fatma, geb. 1. Januar 1985, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 92
- 3.2 Einbürgerung; Akdas Güllü, geb. 10. Juli 1982, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 92
- 3.3 Einbürgerung; Moreno-Cabral Paula Angela Maria, geb. 27. Januar 1958, portugiesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Schartenstrasse 66
- 3.4 Einbürgerung; Olivito-Muto Rosa Maria, geb. 27. März 1967, Olivito Stefano, geb. 3. April 1990, Alex 23. Dezember 2000, und Davide 1. Januar 2004, alle italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 16
- 3.5 Einbürgerung; Papadopoulos Elena, geb. 27. Juli 1974, griechische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 99
- 3.6 Einbürgerung; Vrankovic Matia Iva, geb. 29. Dezember 1991, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Weizenstrasse 20

- 4.1 Rechenschaftsbericht 2004
- 4.2 Verwaltungsrechnung 2004
5. Rahmenkredit von Fr. 258'000.00 für die Sanierung der Kindergartenumgebungen
6. Machbarkeitsstudie tägi; Zwischenbericht
7. Postulat Pia Müller vom 20. Januar 2005 betreffend Prüfung der Anstellung einer Springer-Lehrperson; Ablehnung
8. Motion Werner Hartmann vom 12. Mai 2005 betreffend Verkleinerung des Einwohnerrates auf 30 Mitglieder; Ablehnung

## **0 Mitteilungen**

### **0.a Rechtskraft**

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2005, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

### **0.b Traktandenliste**

Beim Traktandum 1 wird Hans-Ulrich Sauser in Pflicht genommen. Unter dem Traktandum 4 werden sowohl die Verwaltungsrechnungen der Gemeinde und des Elektrizitäts- und Wasserwerkes EWW als auch der Rechenschaftsbericht behandelt.

### **0.c Neueingänge**

#### **0.c.a Postulat Dr. Markus Dieth, Beat Brunner und Patrick Bürgi betreffend Prüfung Reduktion des Steuerfusses per 1. Januar 2006**

##### **I. Begehren**

Der Gemeinderat wird ersucht, die Erstellung des Budgets 2006 basierend auf einem Steuerfuss von 89 % und Pflichtabschreibungen von 10 % zu prüfen und mindestens im Rahmen der Budgetprüfung eine dementsprechende Variante vorzulegen.

##### **II. Begründung**

Der Ertragsüberschuss 2004 nach Vornahme der vorgeschriebenen Abschreibungen von 10 % und maximalen Pflichtabschreibungen von derzeit 15 % beträgt 4,25 Mio. Franken. Dieses erfreuliche Ergebnis gründet vor allem im erhöhten Steuerertrag von insgesamt 44,4 Mio. Franken (rund 1,9 Mio. Franken höher als budgetiert) sowie der stark gesunkenen Abschreibungen. Trotz der Reduktion des Steuerfusses um 3 % konnte der Steuerertrag des Vorjahres sogar erhöht werden. Die im Rahmen der Budgetsitzung vermuteten und vom Kanton angekündigten Regenwolken sind nicht aufgezogen.

Durch dieses erneut hervorragende Ergebnis konnten die Schulden der Gemeinde weiter um einen siebenstelligen Betrag (rund 8 Mio. Franken) abgebaut werden. Die Nettoverschuldung reduzierte sich auf 1,78 Mio. Franken oder Fr. 96.00 pro Einwohner, dies eine Folge der hohen Selbstfinanzierung, aber auch der tiefen Investitionszahlen.

Das heisst aber nicht, dass Investitionen in den Boden gefahren werden dürfen. Die Philosophie des Steuerfusses bedarf vielmehr eines Umdenkens. Dem Bürger muss erklärt werden, für was die Steuern gebraucht werden. Der Bedarf muss aber ausgewiesen sein. Dies rechtfertigt sich insbesondere dann, wenn die Nettoverschuldung auf ein Minimum heruntergefahren wurde.

**Diese Ausgangslage rechtfertigt die Prüfung der Erstellung des Budgets basierend auf einem Steuerfuss von 89 % und Pflichtabschreibungen von 10 %, zumal davon ausgegangen werden kann, dass mit ähnlichen Mehrerträgen im Bereich Steuern wie in den vergangenen Jahren gerechnet werden kann.**

### **III. Ausblick**

Stehen aber klar grössere gerechtfertigte und beschlossene Investitionen an, rechtfertigt sich auch eine Erhöhung des Steuerfusses. Ein Steuerfuss auf Vorrat ist aber nicht gerechtfertigt, insbesondere dann nicht, wenn die Verschuldung derart wie in den vergangenen Jahren reduziert werden konnte. Mit der neuen Legislaturperiode wird die neu gewählte Exekutive das Investitionsprogramm für die Phase 2006 bis 2010 erarbeiten müssen, das Parlament wird in den entscheidenden Fragen die Richtung angeben müssen. Diese Richtungsweisungen können zu erhöhten Investitionszahlen im Investitionsprogramm führen, die eine erneute Überprüfung des Steuerfusses unter Berücksichtigung aller Aspekte (Eigenfinanzierungsgrad, Bilanzfehlbetrag, verzinsliche Nettoschuld, Investitionsprogramm, etc.) nach sich ziehen wird. Die von der Gemeinde Wettingen gute Nutzung der Instrumente der modernen und sorgfältigen Finanzplanung darf weitergehen.

#### **0.c.b Postulat Roland Brühlmann betreffend saubere Wettinger Naherholungsgebiete im Besonderen das Gebiet "Eigi" - Umsetzung eines wesentlich verbesserten Abfallkonzeptes**

##### **Begehren**

Es sei ein Abfallentsorgungskonzept für unsere Wettinger Erholungsgebiete, im Besonderen für das Gebiet "Eigi", auszuarbeiten und zu realisieren!

##### **Begründung und Feststellung**

Bereits mehrmals wurde auch im Einwohnerrat der hohe Stellenwert unserer Wettinger Naherholungsgebiete, ganz speziell das Gebiet "Eigi", gelobt. Diese werden täglich von verschiedenen "Nutzern" als Ausgleich zum persönlichen Alltagsstress genutzt. Bereits wurde vor einiger Zeit die Ruhebänk-Situation politisch behandelt und in der Praxis verbessert umgesetzt.

Leider sind die tollen Sitzgelegenheiten, aber noch viel mehr die schönen "Brätelplätze" vermehrt von Abfällen vorhergehender Benutzer belastet. Auf den meisten Waldstrassen oder Wanderwegen sind vielfach wild deponierte "Robidog-Säckchen" auszumachen. Diese negativen Umstände nehmen leider stark zu.

Es wäre nun natürlich das Einfachste, nur den Benutzern alleine diese Negativentwicklung anzulasten. Um saubere Erholungsgebiete zukünftig aufrecht zu erhalten, müssen natürlich auch die Rahmenbedingungen für die Entsorgungsmöglichkeiten dazu geschaffen werden.

Praktisch an keinem "Grillplatz" hat es Abfalltonnen. Da ich selber Hundehalter bin, kenne ich die Situation betreffend "Robidogstellen" bestens. Kilometerweit müssen die gebrauchten Säcklein mitgeführt werden, um diese dann umweltgerecht zu entsorgen. Der Hundehalter hat mit der Erhebung der Hundesteuer ein Recht auf ein wirkungsvolles "Robidogstellennetz".

Das fehlende praxisgerechte Entsorgungskonzept für die Wettinger Erholungsgebiete führt klar zu diesen Missständen betreffend Sauberkeit.

### **Verbesserungen/Anregungen**

Damit die Erholungsgebiete, im Besonderen das Gebiet "Eigi", auch in Zukunft zur Erholung genutzt werden können, sollten folgende Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Erarbeitung eines klaren Abfallentsorgungskonzeptes für die Wettinger Naherholungsgebiete, mit Einbezug des Unterhaltes.
- An den meistgebrauchten "Grillstellen" sollen Abfallcontainer aufgestellt und unterhalten werden.
- Es sollen an den meist benutzten Waldstrassen und Wanderwegen genügend, dass heisst wesentlich mehr, "Robidogstellen" geschaffen und unterhalten werden.

### **0.c.c Motion Martin Prochazka betreffend Ergänzung des Einbürgerungsverfahrens**

In Wettingen soll das Einbürgerungsverfahren durch eine schriftliche "Staatskundliche Prüfung" ergänzt werden.

#### **Begründung**

Die bisherige mündliche Befragung von Einbürgerungswilligen hat verschiedene Nachteile:

- Die bisher lediglich mündlich durchgeführte Befragung von Einbürgerungswilligen kann flexibel gestaltet werden, d.h. sie erfüllt nicht für alle dieselben Kriterien.
- Das Resultat einer mündlichen Prüfung kann nicht nachgeprüft werden.
- Es ist durchaus möglich, dass Einbürgerungswillige, wenn sie vor der Einbürgerungskommission Red und Antwort stehen müssen, gehemmt sind (Nervosität, Prüfungsangst etc.), weshalb auch dadurch ungleiche Voraussetzungen entstehen.

Vorteile einer schriftlichen Prüfung:

- Bei einer schriftlichen Prüfung werden allen Einbürgerungswilligen dieselben Fragen gestellt, wodurch alle dieselben Voraussetzungen antreffen.
- Die dabei zu vergebenden Punktezahlen ermöglichen eine klare Einteilung in "Prüfung bestanden", "Prüfung nicht bestanden", allenfalls "notwendige mündliche Prüfung", an welcher die Möglichkeit besteht, fehlende Punkte aufzuholen.

- Das Resultat der Prüfung kann jederzeit nachkontrolliert und überprüft werden. Eine eventuelle Hemmschwelle, sich zu den gestellten Fragen zu äussern, wird weitgehend eliminiert.
- Durch die schriftliche Befragung können zugleich die Deutschkenntnisse der Einbürgerungswilligen überprüft werden.

Eine solche schriftliche Prüfung gibt es bereits in verschiedenen aargauischen Gemeinden, von den Grossen z.B. in Wohlen. Die dort gestellten Fragen ermöglichen meines Erachtens allen einigermaßen gut integrierten Gesuchstellern das problemlose Bestehen der schriftlichen Prüfung, insbesondere da die Prüfung bereits als bestanden gilt, wenn mindestens 60 % der maximal möglichen Punktezahl erreicht wird, was in der Schule der Note 4 entspricht.

Die gestellten Fragen sind zum Teil sehr einfach, wie z.B.:

- Welches Jahr gilt als Gründungsjahr der Eidgenossenschaft?
- Wie heisst die Abkürzung für die Schweizerische Eidgenossenschaft (Autokennzeichen)?
- Welches der drei nebenstehend abgebildeten Kantonswappen ist dasjenige des Aargaus?

Ungefähr 60 % der maximal möglichen Punktezahl kann durch Beantwortung mit solchen oder ähnlich leichten Fragen erreicht werden, was allein bereits zum Bestehen der Prüfung reicht.

Zu den mittelschweren Fragen gehören z.B.:

- Wie kann ein Beschluss von Nationalrat, Grossrat oder Einwohnerrat zur Volksabstimmung gebracht werden?
- Womit können Bürger, Bürgerinnen einen Artikel in der Bundes- oder Kantonsverfassung ändern?

Praktisch die beiden einzigen anspruchsvollen Fragen lauten:

- Wann erhielt die Schweiz die erste Bundesverfassung?
- In welcher europäischen Stadt fand 1815 der Kongress statt, an welchem die Neutralität der Schweiz anerkannt worden ist?

Da alle Fragen mit je einem Punkt bewertet werden, also nicht etwa wie es bei Schulproben ist, wo die schwierigeren Fragen stärker bepunktet werden, sollte das Bestehen einer schriftlichen Prüfung keine Probleme darstellen. Lediglich bei der Beantwortung der beiden zuletzt erwähnten Fragen könnten meines Erachtens Personen, die unsere Schulen nicht besucht haben, Schwierigkeiten bekommen. Die übrigen Fragen werden für Einbürgerungswillige, die sich seriös auf die Prüfung vorbereiten oder auch nur in einem Mindestmass integriert sind und die deutsche Sprache einigermaßen verstehen, wohl kaum grössere Probleme darstellen.

Eine solche schriftliche Prüfung wird also bestimmt keine ins Gewicht fallende Erschwernis, geschweige denn eine weitere Hürde beim Erlangen unsere Staatsbürgerschaft darstellen, wird aber sicher die oben erwähnte Transparenz und Gleichbehandlung aller Gesuchsteller gewährleisten.

**0.c.d Motion SVP-Fraktion zur Reduktion des Steuerfusses um 5 % per 1. Januar 2006****Text**

Der Gemeinderat wird ersucht, den Voranschlag 2006 auf der Basis eines um 5 % auf 87 % reduzierten Steuerfusses zu erstellen.

**Begründung**

Am 3. März 2003 hat unsere Fraktion eine Motion zur Senkung des Steuerfusses von 95 % auf 90 % eingereicht. Aus dieser Motion entstand in der politischen Ausmarchung unter den bürgerlichen Parteien ein Kompromiss und der Steuerfuss wurde ab Rechnungsjahr 2004 auf 92 % gesenkt.

CVP und FDP hatten Bedenken, dass eine Senkung auf 90 % zu grosse Einnahmehausfälle bewirken würde. Die Jahresrechnung 2004 schliesst nun mit einem Ertragsüberschuss von 4.25 Mio. Franken ab, was zeigt, dass diese Bedenken nicht gerechtfertigt waren. Das Ergebnis 2004 ist gegenüber dem Voranschlag um 2.3 Mio. (85 %) besser ausgefallen. Weil keine Fälligkeiten bestanden, konnten die Schulden nicht weiter reduziert werden, verharren aber nach wie vor auf einem komfortablen Niveau von 32.5 Mio. Franken.

In dieser rein buchhalterischen Betrachtungsweise muss ferner berücksichtigt werden, dass die überbauten Grundstücke im Gemeindebesitz de facto auf Null abgeschrieben sind, womit die ausgewiesenen Brutto-Schulden von 32.5 Mio. Franken theoretischen Charakter haben. Zudem besitzt die Gemeinde unüberbautes Bauland, dessen Bewertung nicht bekannt ist, aber in die Beurteilung der Finanzlage einbezogen werden muss.

Ab ca. 2006 oder 2007 wird voraussichtlich der zwar umstrittene, aber von den kantonalen Steuereinsammlern und der Economie Suisse bereinigte neue Lohnausweis in Kraft treten, was nochmals zu erheblichen Mehreinnahmen bei den Steuern der natürlichen Personen führen wird.

Trotz den zahlreichen Unkenrufen musste die Gemeinde im abgelaufenen Jahr keine einzige Leistung abbauen und der Service Public bleibt mit Subventionen von ca. 2.5 Mio. Franken für den öffentlichen Verkehr allein vollumfänglich erhalten.

Eine Steuerfussenkung ist somit in jeder Beziehung zu verantworten; die finanziellen Komfortansprüche der Verwaltung müssen vor den Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurücktreten.

**0.c.e Postulat SVP-Fraktion betreffend die Bereitstellung aussagekräftiger Finanzplanszenarien für die Beurteilung der Steuerfussfrage****Antrag**

Der Gemeinderat ist anzuhalten, der Finanzkommission und dem Einwohnerrat Finanzplanszenarien mit Steuerfüssen 85 %, 87 %, 89 % und 92 % zu unterbreiten.

Die Szenarien sind so zu gestalten, dass finanzrechtlich akzeptable Ergebnisse herauskommen. Sofern das mit - gegenüber den der Finanzkommission unterbreiteten Varianten - unveränderten Parametern (erwartete Wachstumsraten der Steuererträge und Aufwendungen, Pflichtabschreibungen, Verteilung der geplanten Investitionen auf die nächsten fünf Jahre) nicht möglich ist, sind Szenarien mit angepassten Parametern zu rechnen. D. h. in einem ersten Schritt sind die Abschreibungen auf das gesetzliche Minimum zu reduzieren. Wenn das nicht ausreicht, sind die Investitionen so auf die nächsten fünf Jahre zu verteilen, dass finanzrechtlich akzeptable Ergebnisse herauskommen. Sofern auch diese Massnahme nicht ausreicht, sind Finanzplanszenarien mit einer Investitionsverzichtplanung zu erstellen (Verzichtpriorität gemäss Gemeinderatsentscheid).

Mit anderen Worten: Es ist die Frage zu stellen, mit welchen Annahmen gerechnet werden müsste, damit ein Steuerfuss von 85 %, 87 %, 89 % oder 92 % möglich wäre.

### **Begründung**

Seit Jahren bestehen grosse Abweichungen zwischen den Budgets und den Rechnungsabschlüssen und in den Finanzplänen. Je nachdem, was der Gemeinderat erreichen will, werden Finanzpläne/Budgets unterbreitet, die ein um 180° anderes Bild präsentieren. Will man Geld ausgeben, kommen optimistische Pläne, spricht jemand von Steuerfussenkungen, kommen Horrorszenarien. Der Gemeinderat ändert dabei manchmal innerhalb weniger Wochen seine Aussagen vollständig. Trotz Wirtschaftskrise sind die pessimistischen Szenarien nie eingetreten. Im Gegenteil. Jahr für Jahr hat die Gemeinde bei Pflichtabschreibungen von 15 % (dass heisst effektiven Abschreibungen auf allen Investitionen von 25 %) Überschüsse im Ausmass von ca. 4 Mio. Franken erzielt. Per Ende letzten Jahres sind die Schulden nahe bei Null gestanden. Ausserdem liegen nicht weniger als 13 Mio. Franken auf Kontokorrent- und PC Konten beim EWW (sprich fast ein ganzer Jahresumsatz).

Kürzlich ist der Fiko wiederum ein Finanzplan unterbreitet worden, dem es auf der ganzen Linie an Glaubwürdigkeit fehlt. Der Gemeinderat will damit offenbar beweisen, dass sich die Finanzlage innerhalb eines Jahres dermassen verschlechtert hat, dass sogar die Beibehaltung des geltenden Steuerfusses nur mit einer Reduktion der Pflichtabschreibungen auf 10 % möglich sei! Während vor einem Jahr noch Millionenüberschüsse prognostiziert wurden, als man zusätzliche Investitionen tätigen wollte, sind nun plötzlich Verluste absehbar.

Es ist nicht einfach, den Zahlenmechanismus zu hinterfragen, der hinter den Finanzplänen liegt, selbst für die Fiko nicht. Dass bei den einzigen der Fiko vorgelegten Varianten von Finanzplänen am Ende des Prognosezeitraums Verluste ausgewiesen werden, ist einzig und allein auf den Umstand zurückzuführen, dass der Gemeinderat alle geplanten Investitionen völlig unrealistisch auf zwei der fünf Jahre konzentriert und dass er innerhalb von bloss einem Jahr einen zusätzlichen Investitionsbedarf von mehr als 9 Mio. Franken gefunden haben will. So kommt es in den vier Folgejahren zu einer Kumulierung der hohen Abschreibungen: Werden in einem Jahr fast 20 Mio. Franken investiert, so führt dies auch bei 20 % Abschreibungen (10 % Pflichtabschreibungen und 10 % ordentliche Abschreibungen) zu einer Belastung der Rechnung um 4 Mio. Franken. Man kann also durch die blosse Verschiebung der Investitionen um 1 bis 2 Jahre die Rechnung im Ausmass von x-Millionen manipulieren.

Auf derartigen Grundlagen ist es nicht möglich zu beurteilen, welcher Steuerfuss für die Gemeinde richtig ist.

## 0.c.f Kleine Anfrage Dr. Charles Meier betreffend Pflichtenheft und personelle Zusammensetzung der Baukommission sowie allfällige Nominationskriterien des Gemeinderates

### 1. Zusammensetzung der Baukommission

Gemäss Artikel 38 lit. u der Gemeindeordnung fällt die Wahl der Baukommission in die Kompetenz des Gemeinderates. Die Baukommission setzt sich zurzeit gemäss Gemeinde-Homepage wie folgt zusammen:

#### Baukommission

Huser Daniel	Hintere Höhenstrasse 28	5430 Wettingen	Präsident
Bürgler Josef	Jurastrasse 6	5430 Wettingen	Mitglied
Chariatte-Basler Sabine	Glärnischstrasse 6	5430 Wettingen	Mitglied
Germann Heinz	Rebbergstrasse 31	5430 Wettingen	Mitglied
Kaufmann Marco	Etzelmatt 3	5430 Wettingen	Mitglied
Schär Gerold	Chlosterbrüel 24	5430 Wettingen	Mitglied
Wunderlin Werner	Jurastrasse 10	5430 Wettingen	Mitglied
Mühlebach Thomas	Haldenstrasse 19	5415 Nussbaumen	Aktuar
Heimgartner Urs	Bernaustrasse 18	5430 Wettingen	Leiter Bau und Planung

### 2. Fragen

2.1 Im Gegensatz zu den Kommissionen des Einwohnerrates besteht bei der Baukommission keine Amtszeitbeschränkung. Meines Wissens ist ein Mitglied der Baukommission seit 30 Jahren dabei. Von den total neun Mitgliedern stammen drei aus Gemeinderat und Bauverwaltung und insgesamt sechs sind verwaltungsunabhängige Baufachleute. Es fällt auf, dass von diesen sechs verwaltungsunabhängigen Mitgliedern deren drei (= 50 %) dem Netzwerk der gleichen Firma zugeordnet werden können.

**Sind die Unabhängigkeit der Kommission und die Vereinbarkeit der Kommissionszusammensetzung mit dem öffentlichen Interesse nach der Auffassung des Gemeinderates noch gegeben?**

2.2 Wo sind die Pflichten der Baukommission geregelt (Baugesetz oder gemeindeeigene Job Description)? Nach welchen Kriterien entscheidet der Gemeinderat bei der Wahl der Mitglieder der Baukommission? Wer überwacht die Einhaltung allfälliger Ausstandspflichten?

2.3 Es ist mir bekannt, dass u.a. die formelle Prüfung der Baugesetz- und BNO-Konformität zu den Pflichten der Baukommission gehört. Ist die Baukommission auch dem Schutz des Ortsbildes verpflichtet? Verschiedene - unter dem Regime der neuen BNO mit erhöhten Ausnutzungsziffern (verdichtete Bauweise) erstellte Neubauten - z.B. an der Kirchstrasse, an der Zwyszigstrasse und beim Bahnhofareal, an der Rebbergstrasse, an der Schartenfelsstrasse, im Umfeld der denkmalgeschützten Kreuzkapelle u.a.m. gestatten die Vermutung, dass der Ortsbildschutz für die Baukommission kein Thema ist.

2.4 Wie schon einmal postuliert, sollten die Baukommission und die Ortsbildkommission zusammengelegt werden, nachdem ohnehin schon personelle Überschneidungen bestehen. Dann wäre der Ortsbildschutz in der Baubewilligungsadministration integriert und würde nicht ein Mauerblümchen-Dasein fristen, wie das zurzeit der Fall ist.

**Ist der Gemeinderat bereit oder sogar gewillt, im Sinne des Postulates einer besseren Integration des Ortsbildschutzes in die Baubewilligungsadministration tätig zu werden?**

**0.c.g Postulat Marco Kaufmann betreffend der Erarbeitung und anschliessenden Umsetzung eines regionalen Konzeptes zur Jugendarbeit**

**Begründung**

Am 11. März 2005 fand in Wettingen die erste regionale Jugendsession «Megafon.05» mit 84 Teilnehmenden der 3. und 4. Oberstufen aus Baden, Obersiggenthal und Wettingen statt. Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit den Schulen konnte mit dieser Veranstaltung die Meinung von rund 1'000 Jugendlichen erfasst werden. Zur Realisierung der diversen Anträge der Jugendlichen sehen wir den Lösungsansatz in einer koordinierten Zusammenarbeit der Gemeinden der Region Baden-Wettingen-Obersiggenthal zu Jugendanliegen. Wir haben festgestellt, dass in der Region bereits viele engagierte Aktivitäten auf verschiedenen Institutionsebenen (offene und kirchliche Jugendarbeit, Vereine etc.) stattfinden. Ein einheitliches Konzept zur Jugendarbeit auf strategischer Ebene sowie eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden finden hingegen nur spärlich oder gar nicht statt.

Die Mobilität der Jugendlichen ermöglicht deren Verschiebung in andere Gemeinden und macht vor allem Baden zum begehrten Ausgangsort. Dieser Zentrumsfunktion ist Rechnung zu tragen. Durch ein gemeinsames Nutzungskonzept des bestehenden Angebotes in der Region könnten alters- und benutzerspezifische Verbesserungen erzielt werden. Dies würde zu einem kundenorientierteren Angebot und einer optimierten Ausnützung des heutigen Angebotes führen. Wir sind überzeugt, dass durch diese koordinierte Zusammenarbeit ein noch grösserer Nutzen erzielt werden könnte.

**Text**

Ich lade die Gemeinde Wettingen ein, sich darum zu bemühen, gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden ein regionales Konzept zur Jugendarbeit mit konkreten Umsetzungsvorschlägen zu erarbeiten. Dabei sollten u. a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Strategische Zusammenarbeit (politische Vernetzung mit gemeinsamen Zielen).
- Koordination der Bedürfnisse der Jugendlichen aus der Region.
- Koordination des Raumangebotes (inkl. Öffnungszeiten). Ziel kann sein, das Bedürfnis eines altersspezifischen Raumangebotes zu erfüllen.
- Ideen- und Informationsaustausch unter den verschiedenen Institutionen innerhalb der Gemeinden und zwischen den Gemeinden.
- Integrationsarbeit von verschiedenen Szenen, Gruppen, Kulturen, Schulsystemen etc.

Dabei soll den von den Jugendlichen erarbeiteten Anträge spezielle Beachtung geschenkt werden.

Das selbe Postulat wird ebenfalls in der Stadt Baden von Karin Bächli und Jonas Fricker eingereicht.

**1 Inpflichtnahme von Hans-Ulrich Sauser anstelle von Pia Müller**

Hans-Ulrich Sauser (SP) wird durch Leistung des Amtsgelübdes in Pflicht genommen.

**2 Protokolle der Sitzungen vom 10. März und 12. Mai 2005**

Die Protokolle der Sitzungen vom 10. März und 12. Mai 2005 werden genehmigt und der Verfasserin verdankt.

**3 Einbürgerungen****3.a Einbürgerung; Akdas Fatma, geb. 1. Januar 1985, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 92**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 33 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

**3.b Einbürgerung; Akdas Güllü, geb. 10. Juli 1982, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 92**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 33 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

**3.c Einbürgerung; Moreno-Cabral Paula Angela Maria, geb. 27. Januar 1958, portugiesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Schartenstrasse 66**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 33 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

**3.d Einbürgerung; Olivito-Muto Rosa Maria, geb. 27. März 1967, Olivito Stefano, geb. 3. April 1990, Alex 23. Dezember 2000, und Davide 1. Januar 2004, alle italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 16**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 33 : 1 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

**3.e Einbürgerung; Papadopoulos Elena, geb. 27. Juli 1974, griechische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 99**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 33 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

**3.f Einbürgerung; Vrankovic Matia Iva, geb. 29. Dezember 1991, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Weizenstrasse 20**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 33 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

## 4 Rechenschaftsbericht 2004 und Verwaltungsrechnung 2004

### Eintreten Rechenschaftsbericht

**Yvonne Feri:** Ich spreche als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission. In diesem Jahr hat sich die Geschäftsprüfungskommission frühzeitig mit dem Rechenschaftsbericht befasst. Wir danken dem Gemeindeschreiber und dem Gemeinderat für die Erstellung des Berichtes. Im Gegensatz zum letzten Jahr verlief die diesjährige Prüfung im gewohnten Rahmen. Die Geschäftsprüfungskommission wählte ein Schwerpunktthema, stellte einen Fragekatalog zu Händen des Gemeinderates zusammen, welcher als Abschluss in einer gemeinsamen Sitzung des Gemeinderates und der Geschäftsprüfungskommission besprochen wurde.

Zum Schwerpunktthema: Etwas unkonventioneller als auch schon, jedoch umso interessanter: Die Geschäftsprüfungskommission befasste sich mit dem Personal. Es fanden Gespräche mit der Personalkommission sowie den Abteilungsleitern statt. Im Vorfeld wurde die Geschäftsprüfungskommission mit diversem Material beliefert, unter anderem mit dem Personalreglement, mit Auswertungen in Bezug auf Weiterbildung, Bildungsgang der Auszubildenden, Teilzeitarbeit, Fluktuationsgründe, Anzahl Männer und Frauen in der Verwaltung. Die Kommission stellte ihre Aufgaben vor und stand uns Red und Antwort. Diese umfassten folgende Themen: Informationsfluss untereinander, Besoldung, Mitarbeiterbeurteilung, Aufstiegsmöglichkeiten, Öffnungszeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten und einige mehr.

Als Schlussfolgerungen aus diesen Gesprächen fasse ich kurz das Wichtigste zusammen: Das Arbeitsklima in der Gemeinde Wettingen ist sehr gut, die Mitarbeitenden fühlen sich wohl, die Abteilungsleiter ebenso. Die Zusammenarbeit untereinander ist unkompliziert und effizient und auch dem Gemeinderat wird ein gutes Zeugnis ausgestellt. In erster Linie ist es dieses gute Arbeitsklima, welches erlaubt, die anfallenden Arbeiten mit dem knappen Personalbestand zu bewältigen. Die Mitarbeitenden leisten sehr viel und arbeiten am Limit ihrer Kräfte. Aufgrund der grossen Belastung können Weiterbildungsangebote teilweise leider nicht wahrgenommen werden.

Neben dem guten Arbeitsklima werden die Anstellungsbedingungen in der Gemeinde Wettingen seitens des Personals einhellig als Schwachpunkt bezeichnet. Sowohl das Personalreglement also auch die Besoldungen sind in den Augen der Mitarbeitenden nicht gerade grosszügig.

Die wenig attraktiven Besoldungen führen in der Gemeinde Wettingen periodisch zu schwierigen Personalsituationen. Vor einigen Jahren war das Steueramt davon betroffen, jetzt kämpft die Gemeindepolizei mit grossen Problemen im Personalbereich. Aufgrund der Neuregelung des Polizeiwesens auf kantonaler Ebene besteht zurzeit kantonsweit ein grosser Bedarf an ausgebildeten Polizeikräften. Insbesondere kleinere Gemeinden werben ausgebildete PolizistInnen mit massiv höheren Löhnen (bis zu Fr. 1'000.00 pro Monat) und oft auch geregelteren Arbeitszeiten (z.B. kein Nachtdienst) bei grösseren Gemeinden wie Baden oder Wettingen ab. Dies führt zu personellen Engpässen und Know-how-Verlust und verursacht letztlich Mehrkosten. Es gilt diese Entwicklung in den nächsten Monaten und Jahren genaustens zu verfolgen und die Abteilung so gut als möglich zu stützen. Die Geschäftsprüfungskommission hat mit Befriedigung festgestellt, dass der Polizeichef hier die volle Unterstützung des Gemeindeammanns sowie des Gemeinderates hat.

Nun zum Rechenschaftsbericht. Wie alle Jahre hat die Geschäftsprüfungskommission verschiedenste Fragen aufgeworfen. Unter anderem wurden folgende Themenbereiche angeschnitten:

- Zunahme der Betreibungen
- Entsorgungssammelstellen
- Zivilschutzeinsätze
- Lagerhaus Ftan
- Informatik an den Primarschulen
- Sprachheilunterricht
- Kultursekretariat
- Marionettenbühne
- Gemeindebibliothek
- tägi
- Arbeitsgruppe Gesundheit
- Tempo 30 Zonen
- Baugesuche
- Naturstrom
- Reserven EWW

Es ginge zu weit, zu allen Themen etwas zu sagen. Die Ausführungen des Gemeinderates fielen klar und ausführlich aus. Dafür danken wir. Die Geschäftsprüfungskommission nimmt den Rechenschaftsbericht zustimmend zur Kenntnis.

**Charles Meier:** Ich möchte gerne eine grundsätzliche Frage stellen. Wer ist eigentlich Auftragsgeberin der Geschäftsprüfungskommission? Der Vizeammann darf mich gerne korrigieren, aber ich meine, der Auftraggeber der Geschäftsprüfungskommission ist der Einwohnerrat und nicht der Gemeinderat. Folge dessen möchte ich anregen, dass der Geschäftsprüfungskommissionsbericht in Zukunft schriftlich dem Einwohnerrat zugestellt wird. Dann können wir uns auch mit der Thematik befassen. Es ist wunderbar, was durch Yvonne Feri alles festgestellt wurde. Ich kann dies aber nicht innert 3 Minuten aufnehmen. Entweder bin ich zu langsam oder die anderen zu schnell. Ich möchte gerne die Frage vom Vizeammann oder vom Gemeindeammann beantwortet haben, wer die Auftraggeberin resp. Empfänger von Berichten der Geschäftsprüfungskommission ist.

**Yvonne Feri:** Aus meiner Sicht ist es so: Wir haben Fraktionssitzungen und jede Partei hat eine Vertretung in der Geschäftsprüfungskommission. Jedes Mitglied soll daher seine Fraktion informieren.

**Vizeammann Heiner Studer:** Der Gemeindeammann und ich haben abgemacht, dass die Fragen, welche gestellt werden während er noch Platz nimmt, durch mich beantwortet werden. Sie müssen keine Angst haben, dass ich den Platz des Gemeindeammanns besetzen werde. Zur Frage von Charles Meier: Massgebend ist, dass die Geschäftsprüfungskommission vom Einwoherrat gewählt wird und auch diesem Bericht erstattet. Aber auch im Grossrat wurde nie ein Bericht des Fraktionspräsidenten schriftlich verteilt. Es ist Sache der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission ihre Fraktion zu informieren und zu orientieren.

Ich möchte auf das Votum der GPK-Präsidentin zurückkommen und im Namen des Gemeinderates noch etwas dazu sagen. Yvonne Feri hat über die Gespräche mit den Personalvertretern informiert. Die Antworten waren mehrheitlich positiv. Das heisst aber nicht, dass unsere Anstellungsbedingungen zu gut wären.

Die beiden Probleme der Gemeinde sind das Steueramt und die Polizei. Im Bereich des Steueramtes haben wir schon immer junge Leute ausgebildet. Zu Zeiten der Personalknappheit waren keine ausgebildete Fachkräfte verfügbar. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden ist nicht nur eine Frage der Besoldung, sondern auch eine Frage der Motivation. In der Verwaltung haben wir eine ganze Reihe von langjährigen Mitarbeitenden. Dies zeigt, dass wir auf dem richtigen weg sind.

Wenn bei der Polizei die eine oder andere Gemeinde mit den Löhnen oben ausbricht, werden wir die Besoldung nicht automatisch anpassen. Wir haben verschiedene Schritte vollzogen, um dieser Situation entgegen zu wirken. Wenn nötig werden wir weitere Schritte ins Auge fassen. Für uns ist wichtig, dass wir gute Arbeitsbedingungen bieten können.

**Charles Meier:** Ich möchte in keiner Art und Weise an der Arbeit der Geschäftsprüfungskommission Kritik üben. Es ist aber eine Tatsache, dass die Geschäftsprüfungskommission und die Finanzkommission an den Einwohnerrat rapportieren. Ich möchte daran erinnern, dass die Honorierung eines Einwohnerrates pro Stunde (unter Einbezug der Vorbereitung und den Fraktionssitzungen) ca. Fr. 10.00 pro Stunde beträgt. Daher sind wir auf Effizienz angewiesen. Ich werde im Laufe einer nächsten Sitzung einen Antrag stellen. Dann können wir darüber abstimmen, ob die Berichte der Geschäftsprüfungskommission wie auch der Finanzkommission an den Einwohnerrat schriftlich unterbreitet werden sollen. Ich werde einen solchen Antrag stellen.

Eintreten nicht bestritten

### **Detailberatung:**

**Charles Meier:** Ich habe zwei Anträge zur Seite 4 zum Thema Planung. Auf Seite 4 unten steht etwas über die Planungskommission: "Sie befasste sich hauptsächlich mit der Überarbeitung der Erschliessungspläne sowie der Baugebietserweiterung Ost. Da wurden insbesondere Planungsarbeiten betreffend ökologischen Werten und siedlungsplanerischen Aspekten erarbeitet". Ich möchte den Gemeinderat ersuchen, dies etwas auszudeutschen. Was heisst Planungsarbeiten betreffend ökologischen Werten und was heisst siedlungsplanerische Aspekte?

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Bei den ökologischen Werten geht es vor allem um Gegebenheiten, welche in der Planung berücksichtigt werden müssen. Es geht um geographische Gegebenheiten, um biologische Gegebenheiten. Es müssen Gegebenheiten der Natur in die Planung einbezogen werden.

Bei den siedlungsplanerischen Aspekten geht es hauptsächlich um das Thema, wo ist Wohnen, wo ist Arbeiten. Diese Aspekte müssen erarbeitet werden, damit für die Siedlungsplanung Grundlagen vorliegen.

**Charles Meier:** Ich möchte hier nochmals nachhaken. Im Ergänzungsgebiet WH2 am Sulperg hat das Kantonale Baudepartement zwei Vorprüfungen durchgeführt. Ich weiss nicht, ob Sie von diesem Gebiet reden, das mit der Zonenplanrevision 1996 ausgezont worden ist. Ich würde schon gerne wissen, ob die Planung dort wieder bei Null anfangen muss, nachdem das Baudepartement die Eignung des fraglichen Landes als Baugebiet zweimal klar bejaht hat.

Zweitens möchte ich einen Antrag stellen zur Quartierbenennung der ehemaligen Geisswies. Im Rechenschaftsbericht wird zwei bis drei Mal von "Wettingen-Ost" gesprochen. Ich möchte dem Gemeinderat nahe legen, die obere Geisswies mit "Ostzone" zu benennen. Es hat dort jetzt wie in der damaligen Ostzone Deutschlands vergleichbare Plattenbauten. Ferner möchte ich noch einen Antrag zur Seite 4 Private Bautätigkeit stellen. Es fehlt in diesem Bericht jeglicher Hinweis auf die verdichtete Bauweise. Ich möchte beantragen diesen Bericht mit folgendem Satz zu ergänzen: Die Gemeinde wurde unter Grünverlust (Bäume und Wiesen) weiter verdichtet. Ich bringe diesen Antrag nach vorne.

**Einwohnerratspräsident:** Es ist nicht möglich, zum Rechenschaftsbericht Anträge zu stellen. Wir können diese aber als Anfrage entgegen nehmen.

## 0. Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen.

## 1. Öffentliche Sicherheit

**Charles Meier:** Ich möchte hier nur ein Lob anbringen über die Effizienz der Gemeindepolizei. Sie ist die rentabelste Abteilung einer Gemeinde. Im Zeitraum 1998 bis 2004 hat die Anzahl Fahrzeuge um 12 % und der Bussenertrag um 76.8 % zugenommen; die Anzahl der kontrollierten Fahrzeuge stieg um 90 %, die Zahl der Tempoanzeigen um 96 % und die Anzahl Anzeigen betreffend Verstoss gegen die Verkehrsvorschriften insgesamt um 77 %. Der Durchschnittsertrag pro Anzeige hat dagegen bei rund Fr. 61.00 stagniert, der Durchschnittsbussenertrag hat sich dagegen pro Einwohner, inkl. Altersheimbewohner, von Fr. 20.12 auf Fr. 34.11 bzw. um 70 % erhöht. Ich kann somit festhalten, dass es im Sinne der bundesrätlichen Zielsetzungen gelungen ist, einen wesentlichen Teil der Bevölkerung zu "kriminalisieren". Das gebe ich gerne zu Protokoll.

## 2. Bildung

Keine Bemerkungen.

## 3. Kultur/Freizeit

**Charles Meier:** Ich habe hierzu nur eine Anregung. Vielleicht haben Sie es gehört oder gelesen, dass die Gemeinde Fr. 4.23 Mio. Kulturförderung pro Jahr betreibt. Zu Kultur zähle ich auch die Beseitigung von Sprayereien. Ich meinte, dass dies bei Fr. 4.23 Mio. drin liegt. Zum Beispiel der Eingang zum Brühlpark ist schon die ganze Zeit verschmiert, auch bei der Schwimmbadstrasse hat es Schmierereien. Ich habe mit vielen Leuten geredet und diese halten Sprayereien nicht für Kultur. Ich halte dies für Beschädigung von öffentlichem Eigentum. Ich möchte hier den Wunsch anbringen an den Gemeinderat, das Gemeindegebiet systematisch durch die Polizei kontrollieren zu lassen. Es besteht kein Recht darauf, öffentliches oder privates Eigentum zu beschädigen. Dies ist mein Anliegen zum Thema Kultur.

**Werner Hartmann:** Ich bin sehr erfreut, dass Charles Meier die Kultur in Wettingen fördern möchten. Die Fraktion SP/WettiGrünen mit Freude zur Kenntnis, dass die 30 %-Stelle des Kultursekretärs mit 15 Zeilen gewürdigt wird. Wir hoffen, dass es noch mehr Zeilen werden und entsprechende Vorkehrungen im Budget getroffen werden.

## 4. Gesundheit - 5. Soziale Wohlfahrt

Keine Bemerkungen.

## 6. Verkehr

**Charles Meier:** Ich möchte nochmals etwas anregen. Standortmarketing ist ein grosses Thema für Wettingen. Es freut mich, dass ich beim Einkaufen in der Migros relativ viele Badener sehe. Ich möchte, dass noch mehr Badener nach Wettingen einkaufen kommen und zwar auch zu den Geschäften an der Landstrasse und nicht nur in den tägipark. Ich habe bereit einmal einen Vorstoss in diese Richtung gemacht. Ich werde dem Gemeinderat die Mühe ersparen, nochmals zu einem ähnlichen Vorstoss Stellung nehmen zu müssen, denn er könnte ja freiwillig etwas unternehmen im Sinne der Förderung des Wettinger Gewerbes. Das heisst konkret die Parkuhren so einstellen, dass die ersten 15 Minuten gratis sind. Das gibt es unter anderem in Lenzburg und ich habe es mir versichern lassen, dass dies funktioniert. Lenzburg hat die gleichen Parkingmeter wie Wettingen. Dies würde drin liegen. Wer hätte dann noch etwas gegen Standortmarketing?

## 7. Umwelt, Raumordnung - 8. Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

## 9. Finanzen, Steuern

**Hanspeter Koch:** Wir haben bereits letztes Jahr zu Protokoll gegeben, dass wir es schätzen würden, wenn unter der Rubrik Steuerertrag der sehr gute Bericht über die Struktur der Wettinger Bevölkerung wieder eingeführt wird, welcher früher abgebildet war,. Damals war ein Vergleich zwischen den Einkommens- und Vermögenssteuern möglich und die Verteilung auf die Wettinger Bevölkerung ersichtlich. Wir möchten anregen, dass dies wieder im Rechenschaftsbericht aufgenommen wird.

**Charles Meier:** Wir sind dazu aufgefordert, die Rechnung zu beurteilen. Dies ist bereits durch die Finanzkommission und die verschiedenen Fraktionsberichte erfolgt. Es gibt eine Knacknuss: Der Schuldenausweis von Fr. 32 Mio. brutto ist eigentlich nicht so ernst zu nehmen. Ich möchte anregen, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat mit der nächsten Rechnung eine Bewertung der Baugrundstücke präsentiert, welche Finanzvermögen darstellen. Damit könnte man die Bilanz besser beurteilen als anhand von diversen Kennzahlen. Es ist zu erwähnen, dass im übrigen Verwaltungsvermögen, die Grundstücke von Schulhäusern, Rathaus etc. auf Null abgeschrieben sind. Dies ist eine Anregung, welche durchaus auch im Interesse des Gemeinderates sein könnte. Es geht darum, dass die Verkehrswerte der Grundstücke bilanziert werden. Damit liess sich ein richtiges Bild über die Finanzlage der Gemeinde machen.

## 10. Gemeindewerke

**Charles Meier:** Ich möchte etwas sagen zum EW. Das EW liefert Wasser und Strom und beliefert alle Häuser. Ich möchte die Leistung des EW lobend anerkennen. Ich freue mich, dass das EW nach wie vor im Besitz der Gemeinde Wettingen ist und nicht einem Stromkonzern gehört. Ich möchte auch danken, dass mit der Rechnung jeweils gute Tipps mitgeschickt werden wie man sinnvoller mit der Energie umgehen und Energie sparen kann. Ich finde dies eine ganz gute Leistung und möchte es deshalb erwähnen. Es ist heute so eine Selbstverständlichkeit, dass der Strom fliesst. Erst wenn eine Panne passiert wie bei der SBB merkt man wie viel Arbeit dahinter steckt.

## 11. Regionale Körperschaften

**Charles Meier:** Ich hätte gerne gewusst, was in Wettingen-Ost läuft. Am Anfang dieser Ostzone bei der Furttalkreuzung hat es neue Anlagen gegeben und ich weiss in etwa wozu diese Anlage dienen sollen. Für die Zeit des Ausbaus des Gubrist-Tunnels soll dafür gesorgt werden, dass möglichst viele Leute auf der Autobahn bleiben, dort brav im Stau schwitzen und ja nicht auf die Idee kommen, über Otelfingen und Buchs zu fahren. Dies ist jedoch Sache des Kantons Zürich und betrifft uns nicht. Was uns aber betrifft ist der linke schwarze Kasten auf der Signalbrücke. Ich habe mir von Technikern versichern lassen, dass man in diesen schwarzen Kasten durchaus eine Pfortneranlage einbauen kann. Ich möchte einfach rechtzeitig anmelden, wir wollen in Wettingen-Ost keine Pfortneranlage. Vor allem keine vom Badener Stadtmann. In Wettingen regiert Wettingen und nicht Baden und nicht der NAB-Verwaltungsratspräsident. Ich möchte Widerstand anmelden gegen jegliches Tun dieser Art auf Wettinger Boden.

### Rückkommen

**Vreni Neukomm:** Ich möchte zurückkommen auf Seite 63 Übriger Umweltschutz, Luftmessungen. Die Gemeinde Wettingen macht die Feinstaub-Luftmessungen nicht mehr selber, Ich möchte daher anregen, dass die Resultate dieser Luftmessungen des Feinstaubes im Rechenschaftsbericht festgehalten werden. Ich denke, Luft ist etwas sehr wichtiges für uns und wir müssen es uns immer wieder vor Augen halten, dass laufend Verbesserungen vorgenommen werden müssen.

**Charles Meier:** Ich möchte nur zum Verständnis des Votums von Frau Neukomm sagen, dass man nicht nur Messungen machen kann, sondern auch sagen muss, wer der Verursacher ist. Es gibt eine nicht näher kontrollierte Aussage von Nationalrat Giezendanner, wonach der grösste Feinstaubproduzent die SBB sind. Auch die SBB sind somit aufzufordern, etwas zur Reduktion des Feinstaubes beizutragen.

Ich möchte hier gleich noch eine Frage stelle zur Seite 4 zum Thema Planung. Ich habe von heutigen Ostzonen-Bewohnern gehört, dass es einen Verwaltungsgerichtentscheid bezüglich Umzonung resp. Wiedereinzonung im Gebiet zwischen Autocenter Kenny und Zentralgarage gibt. Ich möchte wissen, ob man diesen Verwaltungsgerichtentscheid im Rathaus einsehen kann, ob er öffentlich ist oder ob er dem Einwohnerrat zugänglich gemacht wird.

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Gemäss diesem Verwaltungsgerichtentscheid muss die Nutzungsplanung in diesem Bereich überarbeitet werden und zwar im ordentlichen Planfestsetzungsverfahren. Nach diversen Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern ist nun das kantonale Vorprüfungsverfahren im Gange. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens und des öffentlichen Auflageverfahrens ist auch der Verwaltungsgerichtentscheid einsehbar.

### Abstimmung

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

### Beschluss des Einwohnerrates

Der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2004 wird genehmigt.

## Eintreten Verwaltungsrechnung 2004

**Dr. Markus Dieth:** Die Finanzkommission hat die Rechnung 2004 an zwei Sitzungen geprüft sowie diverse persönliche Besprechungen mit Ressortvorstehern und Chefbeamten geführt. Der Gemeinderat und die Finanzverwaltung präsentierten der Finanzkommission und dem Einwohnerrat wiederum wie in den vergangenen Jahren eine sehr erfreuliche Rechnung. Die Fragen der Finanzkommission an den Gemeinderat wurden durch den Gemeinderat ausführlich beantwortet. Auf eine gemeinsame Sitzung Finanzkommission und Gemeinderat hätte verzichtet werden können. Man benutzte aber den reservierten Sitzungstermin um die WOV-Kommissionssitzung durchzuführen und konnte so auch die Antworten des Gemeinderates gemeinsam besprechen. Ich möchte dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung, aber auch allen Abteilungen, im Namen der Finanzkommission für die gute Führung sowie für die gewährte Transparenz und die bereitwillige Offenlegung sämtlicher Unterlagen herzlich danken. Die Prüfung der Rechnung konnte damit speditiv, effizient und offen erfolgen.

Der Ertragsüberschuss nach Vornahme der vorgeschriebenen Abschreibungen und Pflichtabschreibungen beträgt Fr. 4.25 Mio. Dieses erfreuliche Ergebnis gründet vor allem im erhöhten Steuerertrag von insgesamt Fr. 44.4 Mio. (rund Fr. 1.9 Mio. höher als budgetiert) sowie den stark gesunkenen Abschreibungen. Der Gesamtumsatz der Jahresrechnung 2004 beläuft sich auf Fr. 85.4 Mio. Die Nettoinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr belaufen sich auf minus Fr. 307'000.00 (Vorjahr Fr. 2.3 Mio.). Diverse geplante Vorhaben mussten verschoben werden. Die Nettoverschuldung reduzierte sich auf Fr. 1.78 Mio. oder Fr. 96.00 pro Einwohner; dies eine Folge der hohen Selbstfinanzierung und den tiefen Investitionszahlen. Der Kantonsdurchschnitt der Verschuldung liegt bei Fr. 767.00. Im Laufe des Jahres 2005 ist mit einer Zunahme der Investitionen zu rechnen (Erneuerung Landstrasse, Zentrumsplatz, Teilsanierung Bezirksschule, Sanierung Schule Altenburg, Sanierung Seminarstrasse). Diese Investitionen waren aber bereits im Finanzplan vom Juni des vergangenen Jahres vorgesehen. Es haben sich lediglich zeitliche Verzögerungen ergeben.

Die Steuerkraft pro Einwohner ist nach wie vor mit Fr. 2'538.00 hoch. Der Gesamtsteuerertrag ist wie gesagt um 4.61 % oder 1.96 % höher ausgefallen als budgetiert. Wo liegen die Gründe für diese (positive) Budgetüberschreitung:

Den grössten Anteil an diesem Ergebnis haben die nach den Sollstellungen abgerechneten Einkommens- und Vermögenssteuern (Fr. 1.778 Mio. oder 4.67 % höher als budgetiert):

- Fr. 100'000.00 Mehrertrag aus der Zunahme der Steuerpflichtigen.
- Fr. 300'000.00 Mehrertrag aus Erhöhung Veranlagungsstand.
- Fr. 400'000.00 Mehrertrag aus Aufarbeitung Veranlagungsrückstände.
- Fr. 1 Mio. Mehrertrag aus neuem Steuergesetz und höherer Lohnzuwachsrate gegenüber prognostiziertem Wirtschaftswachstum.

Der hohe Mehrertrag aus den Grundstückgewinnsteuern spiegelt die grosse Zahl der Handänderungen im Immobiliensektor wieder (hohe Bautätigkeit und Bevölkerungswachstum).

Die Finanzkommission hat der BDO Visura als Revisionsbeauftragte neben der Prüfung der Jahresrechnung der Einwohnergemeinde als Schwerpunktsprüfung den Bereich Mehrwertsteuer definiert. Die BDO Visura hat eine detaillierte Überprüfung der bei der Mehrwertsteuer registrierten Dienststellen vorgenommen. Zudem wurde auch geprüft, ob weitere Dienststellen steuerpflichtig sind. Diesbezüglich konnte festgestellt werden, dass noch einige Abklärungen zu tätigen sind, die zwischenzeitlich bereits in Angriff genommen wurden.

Gesamthaft kann festgestellt werden, dass die Jahresrechnung 2004 wieder erfreulich abschliesst. Es kann weiter gesagt werden, dass der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung gut budgetiert haben. Die Voraussagen waren recht präzise, was schliessen lässt, dass die Behörden den Aufwand im Griff haben. Gesamthaft gesehen liegen die Budgetabweichung im Streubereich. Bei diversen Positionen konnte zudem eine kostenbewusste Ausgabenpolitik der Gemeinde festgestellt werden. Die Verwaltung ist grundsätzlich günstig, jedoch sind die sogenannten gebundenen Ausgaben von starken negativen Abweichungen geprägt. Trotz der Reduktion des Steuerfusses um 3 % konnte der Steuerertrag des Vorjahres sogar erhöht werden. Die im Rahmen der Budgetsitzung vermuteten und vom Kanton angekündigten Regenwolken sind nicht aufgezogen. Insofern war die Steuerfussreduktion durchaus trag- und vertretbar. Infolge der hohen Mehraufwendungen in den Bereichen Bildung und Soziale Wohlfahrt reduzierte sich die Selbstfinanzierung um Fr. 3 Mio. gesamthaft im Jahre 2004. Im Vergleich zum Budget resultierte aber eine wesentlich höhere Selbstfinanzierung, da mit einem um Fr. 1.6 Mio. tieferen Steuerertrag gerechnet wurde und auch der Nettoaufwand tiefer als geplant ausgefallen war. Hier lagen die Tücken der Budgetierung. Bei den wesentlichen Abweichungen auf der Aufwandseite muss festgestellt werden, dass es sich ausschliesslich um gebundene Ausgaben handelt, welche nur schwer auf Stufe Gemeinde beeinflusst werden können. Auf der Ertragsseite fallen insbesondere der wesentlich verbesserte Steuerertrag und die höheren Grundstückgewinnsteuern ins Gewicht.

In Übereinstimmung mit dem Bericht der BDO Visura kann der Finanzverwaltung eine einwandfreie Führung attestiert werden. Hervorzuheben sind aber auch die Erfolge beim Steuerbezug: Dank intensiver Bewirtschaftung und der systematischen Vorgehensweise konnten die Steuerausstände markant reduziert werden.

Das erfreuliche Ergebnis gibt gute Perspektiven für die Zukunft. Erfreulich ist, dass die Gemeinde den beeinflussbaren Aufwand im Griff hat. Der Steuerertrag ist jeweils schwierig abzuschätzen. Problematisch sind wie gesagt die gebundenen Ausgaben.

Durch dieses erneut hervorragende Ergebnis konnten die Schulden der Gemeinde weiter um einen siebenstelligen Betrag (rund Fr. 8 Mio.) abgebaut werden. Die Nettoverschuldung reduzierte sich auf Fr. 1.78 Mio. oder Fr. 96.00 pro Einwohner, dies eine Folge der hohen Selbstfinanzierung, aber auch der tiefen Investitionszahlen. Im Hinblick auf das Budget hat nun der Gemeinderat die Eckwerte des Finanzplanes zu überprüfen und zu aktualisieren sowie die Investitionen zeitlich neu einzuordnen.

Das heisst nun aber nicht, dass Investitionen in den Boden gefahren werden dürfen. Die Philosophie des Steuerfusses bedarf wohl eines Umdenkens. Dem Bürger muss erklärt werden, für was die Steuern gebraucht werden. Der Bedarf muss aber ausgewiesen sein. Dies rechtfertigt sich insbesondere dann, wenn die Nettoverschuldung auf ein Minimum heruntergefahren wurde.

Diese Ausgangslage rechtfertigt die Prüfung der Erstellung des Budgets basierend auf einem reduzierten Steuerfuss, zumal davon ausgegangen werden kann, dass mit ähnlichen Mehrerträgen im Bereich Steuern wie in den vergangenen Jahren gerechnet werden kann.

Stehen aber klar grössere gerechtfertigte und beschlossene Investitionen an, rechtfertigt sich auch eine Erhöhung des Steuerfusses. Ein Steuerfuss auf Vorrat ist aber nicht gerechtfertigt, insbesondere dann nicht, wenn die Verschuldung derart wie in den vergangenen Jahren reduziert werden konnte. Mit der neuen Legislaturperiode wird die neu gewählte Exekutive das Investitionsprogramm für die Phase 2006 bis 2010 erarbeiten und das Parlament wird in den entscheidenden Fragen die Richtung angeben müssen. Diese Richtungsweisungen können zu erhöhten Investitionszahlen im Investitionsprogramm führen, die eine erneute Überprüfung des Steuerfusses unter Berücksichtigung aller Aspekte (Eigenfinanzierungsgrad, Bilanzfehlbetrag, verzinsliche Nettoschuld, Investitionsprogramm, etc.) nach sich ziehen wird. Die von der Gemeinde Wettingen gute Nutzung der Instrumente der modernen und sorgfältigen Finanzplanung darf weitergehen.

Die Finanzkommission will sich intensiv mit den geplanten Investitionen und den festgestellten Abweichungen im Investitionsprogramm im Vergleich zum Vorjahr befassen und hat dementsprechend auch eine Begründung zuhanden der nächsten Finanzkommissionssitzung beantragt. Es sollen optimale Bedingungen geschaffen werden für die Budgetberatung im Herbst dieses Jahres.

Zu den einzelnen Ressorts in der vorliegenden Rechnung wurden diverse Fragen an den Gemeinderat gestellt, die allesamt zur Befriedigung beantwortet werden konnten. Sie haben mit Ihren Finanzkommissionvertretern diese Fragen und Antworten in Ihren Fraktionssitzungen anschauen und besprechen können. Ich verzichte damit im Sinne einer effizienten Sitzung darauf, bei all den einzelnen Konten die Ausführungen und Bemerkungen der Finanzkommission zu wiederholen, behalte mir aber vor, allenfalls bei Fragen oder Stellungnahmen aus dem Plenum, sofern notwendig, die Haltung und Ansicht der Finanzkommission mitzuteilen.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, bei 7 Anwesenden, die Verwaltungsrechnung der Einwohnergemeinde und des Elektrizitäts- und Wasserwerkes zu genehmigen.

**Beat Brunner:** Die FDP-Fraktion nimmt mit Genugtuung vom erneut sehr erfreulichen Abschluss 2004 der Verwaltungsrechnung Kenntnis. Dieser Abschluss, der erste mit dem Steuerfuss von 92 %, bestätigt die Richtigkeit der vor drei Jahren von der FDP-Fraktion geforderten und vor zwei Jahren beschlossenen Steuerfussreduktion. Die Finanzlage unserer Gemeinde präsentiert sich derart, dass man, ohne die nun ausgelösten Investitionen an der Landstrasse, schon im laufenden Jahr die Gefahr bestehen würde, Steuern auf Vorrat zu beziehen.

Am guten Finanzgewand nähern verschiedene Schneider: 1. Eine bestens organisierte, schlanke Verwaltung, welche einen verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Mitteln pflegt. 2. Politische Gremien welche eine zurückhaltende Finanzpolitik betreiben und die Mittel sinnvoll und gezielt einsetzen. 3. Steuerzahler welche in Wettingen, nicht zuletzt wegen dem tiefen Steuerfuss, gerne Wohnen und ihren Obolus entrichten.

Für diese doch so erfreulichen Umstände wollen wir gerne dankbar sein und der Dank der FDP-Fraktion richtet sich insbesondere an die Verwaltung mit all ihren Mitarbeitenden. Die Mitarbeiter der Gemeinde Wettingen spüren jedoch auch etwas vom guten Finanzgewand und kommen in Genuss von zusätzlichen Ferientagen, erhöhten Kinderzulagen und der grosszügigen Lösung zur Frühpensionierung. Die Politik freut sich über die Bestätigung und den Erfolg ihrer Finanzpolitik. Die Steuerzahler sollen, dass soll auch das heute eingereichte Postulat bewirken, auch ihren Anteil an den erfreulichen Resultaten der vergangenen Jahre haben. Die FDP-Fraktion ist gerne bereit auf das Traktandum Verwaltungsrechnung einzutreten.

**Charles Meier:** Ich möchte zum gleichen Thema wie vorher bei der Geschäftsprüfungskommission etwas sagen. Ich bitte den Gemeindeammann mich zu korrigieren wenn ich nicht richtig liege. Ich bin der Meinung, dass der Auftraggeber der Finanzkommission der Einwohnerrat ist und nicht der Gemeinderat. Der Fiko-Präsident hat ein ausführliches Referat gehalten, welches er so oder so vorbereiten musste. Und sicher hat Frau Hunziker ihn gebeten, dieses Votum zu mailen. Es wäre deshalb durchaus möglich, dass es vor der Sitzung bereits vorhanden ist. Ich nehme an, dass man dies ohne formellen Antrag anregen kann, dass der Einwohnerrat diesen Bericht zusammen mit dem Antrag der Fiko auf Ablehnung oder Zustimmung der Rechnung erhält. Somit kann man sich ausführlich damit befassen. Ich habe das Bedürfnis im Einwohnerrat etwas zu machen und nicht nur da zu sitzen und ja zu sagen.

**Thomas Bodmer:** Die SVP-Fraktion freut sich auch über den guten Abschluss. Aber die Euphorie, welche der Fiko-Präsident und die FDP verbreiten, trägt nicht das gleiche Ausmass. An einem Punkt haben das Wettinger Gewerbe und die Wettinger Einwohner weniger Freude: Diese gewaltige Aufwandssteigerung. Die Rechnung 2004 schliesst tatsächlich mit einem grossen Überschuss. Dieser Überschuss ist ähnlich wie in den Vorjahren grösser als 10 Steuerprozent. Ein Steuerprozent ist etwa Fr. 400'000.00, wir sind also bei ca. 10.5 Steuerprozenten, welche zu viel bezogen wurden. Das tut dem Gewerbe und dem Bürger, welche dann kein Geld haben um private Ausgaben zu tätigen, weh. Das sind Gründe, wieso unsere Wirtschaft nicht mehr richtig vom Fleck kommt und wir immer mehr Arbeitslose haben und weltweit an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Der Nettoaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 9.7 % gestiegen. Man muss sich mal bildlich vorstellen was dies bedeutet. Das bedeutet in ca. 7.5 Jahren die Verdoppelung des Nettoaufwandes der Gemeinde. Wenn man weiss, dass es nicht das erste Jahr ist in welchem der Aufwand steigt, sondern der Nettoaufwand seit 12, 13 Jahren jedes Jahr mehr als 5 % zunimmt, dann kann man sich vorstellen, wie sich dies weiter entwickeln wird. Wenn man auch weiss, dass es beim Bund und Kanton nicht viel besser ist, dass dort die Nettoaufwandsteigerungen ständig grösser sind als die Teuerungsentwicklung oder die Entwicklung des Sozialproduktes, kann man sich die Frage stellen, wie die Gesellschaft und die Wirtschaft dann noch funktionieren sollen. Es ist nicht so, dass es immer Ausgaben sind, welche der Gemeinde von aussen auferlegt werden, wie es ja oft dargestellt wird. Diese werden als gebundene Ausgaben deklariert. Was zu dieser Nettoaufwandsteigerung geführt hat, ist zum grössten Teil Hausgemachtes. Ausgaben, welche der Einwohnerrat beschlossen hat, welche dann Folgekosten auslösen. So wie die Fr. 5 Mio. für die Frühpensionierung, welche mit der Personalreglementsänderung an der letzten Sitzung so locker vom Hocker beschlossen wurden. Das kommt später, in 5 oder 10 Jahren, als Nettoaufwandsteigerung in die Rechnung zurück.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass die gewaltigen Nettoaufwandsteigerungen nur über die Kontrolle der Einnahmen gebremst werden können. Wenn immer Überschüsse vorhanden sind und der Gemeinderat schon zum Voraus weiss, dass Geld vorhanden ist, kommen entsprechende Anträge. Das kann für die SVP so nicht weitergehen.

Der SVP fehlen zurzeit die Grundlagen für die Diskussion in welcher Grössenordnung der Steuerfuss sein sollte. Wir haben deswegen ein entsprechendes Postulat und eine Motion für eine Steuerfussenkung von mindestens 5 % eingereicht. Wir sind zwar der Meinung 10 % würden auch drin liegen, aber wird sind ja kompromissfähig und geben uns mit 5 % zufrieden. Wir müssen dem Bürger endlich wieder etwas zurückgeben, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann und die Arbeitslosigkeit endlich zurückgeht.

**Markus: Maibach:** Ich möchte etwas sagen, was bereits im Vorjahr im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen gesagt wurde. Die rhetorischen Höhenflüge meiner Vorredner haben mich aber dazu erwogen auch mit etwas rhetorisch zu geben. Ich möchte zuerst der Verwaltung gratulieren für das gute Ergebnis und ihre gute Arbeit im vergangenen Jahr.

Ich teile mein Votum in drei Hunderter. Der erste Hunderter: Die öffentliche Verwaltung spart gegenüber dem letztjährigen Abschluss Fr. 100'000.00. Für mich das Zeichen, dass der Sparwille innerhalb der Gemeinde vorhanden ist und auch gelebt wird. Da kommt die Frage, ob die Verwaltung nun schlank oder schon zu mager ist? Ist sie fähig, die Aufgaben, welche sie hat, mit den vorhandenen Mitteln in dieser Grössenordnung zu erfüllen?

Der zweite Hunderter ist der Hunderter der Kulturförderung. Fr. 100'000.00 haben wir im Vergleich zum Vorjahr weniger ausgegeben. Werner Hartmann hat es schon auf den Punkt gebracht, ich möchte nun den Doppelpunkt setzen. Es geht nicht nur darum, uns Mails zu schreiben was die Kulturkommission macht, sondern ich denke es geht darum, die Kultur aktiv zu unterstützen. Sie hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert.

Der dritte Hunderter bezieht sich auf die Verschuldung; knapp Fr. 100.00 pro Kopf der Wettinger Bevölkerung. Diese tiefe Verschuldung ist unser Hoffnungsträger und sie ist differenziert zu betrachten: Wie der Fiko-Präsident gesagt hat, hatten wir negative Nettoinvestitionen. Es waren tiefe Bruttoinvestitionen im Vergleich zu anderen Jahren. Gleichzeitig ist das Pölschterli der Eigenwirtschaftsbetriebe randvoll. Ich komme wieder mit der Unternehmerlogik. Was macht ein Unternehmer, wenn er in einer solchen Situation ist? Er wird das Geld nehmen und investieren, um ein Fundament für die Zukunft zu legen und eine Chance zu packen. Wenn ich anschliessend nicht weiss was ich machen soll mit dem Geld, gehe ich mit den Preisen runter. Wir haben diverse Gebühren von Eigenwirtschaftsbetrieben, welche dieses Potential haben. Wir haben dort gewisse Schritte eingeleitet, aber es kann noch viel gemacht werden. Wenn ich dann immer noch einen Überschuss habe, woran ich aber zweifle, dann kann man über eine Steuerfussenkung reden.

**Vreni Neukomm:** Die Fraktion EVP/Forum 5430 stimmt dem positiven Rechnungsabschluss gerne zu und möchte ein grosses Dankeschön an die Verwaltung richten. Gewissenhaft und gut wird das Jahr hindurch Einsatz geleistet, um die vorgegebenen Budgetrichtlinien einzuhalten.

Wenn Sie sich an die Einwohnerratssitzung vom Oktober 2003 zurückerinnern, wurde damals mit gemischten Gefühlen dem Voranschlag 2004 mit dem reduzierten Steuerfuss von 92 % zugestimmt. Heute, mit dem guten Rechnungsabschluss 2004, stellen wir fest, dass die befürchteten Kostenumlagerungen vom Kanton auf die Gemeinden bis jetzt nicht eingetroffen sind. Allerdings finden wir Auswirkungen in der Abteilung 5 „Soziale Wohlfahrt“, wo der Nettoaufwand weiter gestiegen ist.

Für die Fraktion EVP/Forum 5430 steht jetzt im Vordergrund, aufgeschobene oder verzögerte Investitionen an die Hand zu nehmen und Wettingen weiterhin attraktiv zu erhalten.

**Hanspeter Koch:** Als letzter Vertreter der Parteien möchte ich auch von der CVP-Fraktion der Regierung und besonders der Verwaltung danken für diesen sehr guten Abschluss. Es bestätigt uns auch, dass die Änderungen, welche an der letzten Sitzung zu Gunsten des Personals beschlossen wurden, gerechtfertigt sind. Wir sind uns bewusst, dass die Investitionen noch auf einem sehr tiefen Niveau waren und die Steuererträge weit über dem Soll gelegen sind. Trotzdem sind wir von der CVP zuversichtlich, dass auch in Zukunft solche Abschlüsse möglich sein werden. Wir sehen, dass sich vor allem die Parameter auf der Ertragsseite wesentlich verändern werden. Dass wir in den nächsten Jahren wesentlich mehr investieren müssen und auch können, ist bekannt. Trotzdem können auch wir uns eine moderate Steuerfussenkung vorstellen. Wir sind auch für das Eintreten auf die Rechnung 2004.

**Thomas Bodmer:** Das Loblied auf die Verwaltung hat mich zu einem weiteren Votum bewogen resp. zu einer Frage an den Gemeindeammann. In wie weit hat das Personal, die Verwaltung dazu beigetragen, dass diese Fr. 4.25 Mio. heute schon gekommen sind. Ist das weil die Nettoaufwandsteigerung nur 9.7 % beträgt und nicht 15 oder 20 %? Oder ist es weil der Steuerertrag so massiv gesteigert werden konnte? Ist dies auf dieser Seite zu suchen? Dies sind die zwei Hauptparameter, welche die Verwaltung beeinflussen kann.

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Der Gemeinderat hat Verständnis, dass aufgrund des guten Ergebnisses Steuerfussenkungsforderungen kommen. Der Gemeinderat ist auch weiterhin gewillt, sparsam zu haushalten. Aber die wirtschaftlichen Argumente von Thomas Bodmer sind für mich nicht nachvollziehbar. Ob der Steuerpflichtige seine eingesparten Steuern wirklich wirtschaftlich relevant verwendet und ob dies einen grossen Einfluss auf die gesamte Wirtschaftslage hat, ist fraglich.

Das gute Ergebnis hat viele Gründe. Der erhöhte Steuerertrag ist in erster Linie auf die verbesserte Wirtschaftslage zurück zu führen. Die Beeinflussung des Aufwandes erfolgte einerseits durch den Gemeinderat, andererseits aber auch durch die gute Arbeit in der Verwaltung. Ich möchte dabei keine Verwaltungsabteilung speziell hervorheben; alle haben zu diesem Ergebnis beigetragen, auch wenn man beim Steuerertrag in erster Linie an das Steueramt denkt und beim Aufwand z.B. an die Sozialabteilung und der grossen Aufwändungen für die Sozialhilfe.

**Thomas Meier:** Ich habe es letztes Mal schon gesagt, dass ich sehr Mühe habe, mit gewissen Berufsgattungen, welche viel sagen, aber trotzdem nicht viel aussagen. Ich möchte Thomas Bodmer deshalb darauf hinweisen, nachdem er schon zum dritten Mal von diesen 9.7 % geredet hat, dass die Steigerung fast zu 55 % von der Sozialen Wohlfahrt verursacht wird. Die Ressortvorsteherin wird dies bestätigen können, dass praktisch 100 % dieses Mehraufwandes nicht irgendwelche Wunschsachen sind, welche man kann oder nicht kann, sondern welche vorgegeben sind. Wenn man bei allen anderen Konten auch nachschauen geht, was ist gebunden und wo die Gemeinde Einfluss nehmen kann, dann ist die Antwort auf die Frage, was die Gemeinde dazu beitragen kann, bald gegeben. Dies ist nun einfach so und da kann sich Herr Bodmer wehren und Zahlen bringen wie er will. Der grösste Teil der Aufwandsteigerung sind gebundene Ausgaben und liegen nicht in der Kompetenz der Gemeinde.

**Charles Meier:** Ich möchte etwas sagen zum Votum meines Namensvetter Thomas. Es ist richtig gesagt worden, dass es um Menschen geht und diese Auffassung teile ich auch. Aber man muss auch sehen, dass die Ausgaben auf Gemeindeebene durch die Gesetzgebung auf Bundes- und Kantonsebene gesteuert werden. Wir kennen ein aargauisches Sozialhilfegesetz. Dieses hat grosse Diskussionen ausgelöst. Auch die ganze Thema Einwanderungspolitik hat grosse Auswirkungen auf die Öffentlichkeit. Der Arbeitsanfall und der Finanzbedarf auf dem Sozialamt steigen ständig. Es ist ganz klar, dass das Sozialamt diese Entwicklung nicht steuern kann. Aber dies wäre die Aufgabe der Politik auf kantonaler Ebene.

**Thomas Bodmer:** Ich möchte entgegen dem Votum von Thomas Meier festhalten, dass diese Nettoaufwandsteigerung nicht nur alleine auf den Sozialbereich zurückzuführen ist, sondern, und dies auch im Gegensatz zum Votum von Markus Maibach, insbesondere auch über den Bereich Kultur und Freizeit, wo eine Nettoaufwandsteigerung von fast 15 % vorliegt.

**Thomas Meier:** Thomas Bodmer ist einfach pingelig und ich möchte meine Meinung hier auch noch klar festhalten. Ich habe keinen Taschenrechner da und habe es im Kopf gerechnet. Bei einer Nettoaufwandsteigerung von ca. Fr. 3.1 Mio. entsprechen die Fr. 2.3 Mio. aus dem Bereich Soziale Wohlfahrt einfach 70 - 75 % der gesamten Nettoaufwendungen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen

## **Detailberatung:**

### **0. Allgemeine Verwaltung**

Keine Bemerkungen.

### **1. Öffentliche Sicherheit**

**Charles Meier:** Ich möchte mich nicht wiederholen, möchte aber trotzdem noch etwas erwähnen. Leider habe ich gerade die Seite verloren, aber ich habe die Zahlen im Kopf. Mit den Polizeibussen wird ca. 34 - 37 % vom gesamten Polizeiaufwand finanziert. Ich möchte gerne wissen, wie sich diese Bussen nach Verkehrsteilnehmerkategorien (Motorfahrzeuge, Radfahrer, Fussgänger) zusammensetzen. Das wäre eine Rückkommensbemerkung zum Rechenschaftsbericht.

### **2. Bildung - 5. Soziale Wohlfahrt**

Keine Bemerkungen.

### **6. Verkehr**

**Charles Meier:** Ich komme hier nochmals. Ich möchte auf etwas hinweisen. Der Ertragsüberschuss des Ressort Parkplätze liegt bei 81.6 % des Gesamtertrages. Der ausgewiesene Aufwand beträgt lediglich 18.4 % des Gesamtertrages, was einen Reingewinn von 81.6 % ergibt. Dies sind Margen, von welchen Privatunternehmen nur träumen können.

Dann möchte ich noch erwähnen, dass nach landläufiger Rechtsauffassung der Privatverkehr privaten Interesse entspricht und der öffentliche Verkehr öffentlichen Interessen. Dementsprechend werden die privaten Interessen im Vergleich zu den öffentlichen Interessen als subsidiäre Interessen behandelt, während die öffentlichen Interessen (der ÖV) in der Politik Priorität genießt. Ich muss hier sagen, dass wenn man die Bussen und die Parkgebühren zusammenrechnet, dass 81 % der Polizeikosten gedeckt werden. Man kann auch sagen sie decken 71 % der Subventionen an den öffentlichen Verkehr, welche beschönigend als Betriebsbeiträge bezeichnet werden. Dabei sind es in Tat und Wahrheit Tarifverbilligungen der Fahrkarten zu Lasten der Steuerzahler. Um nochmals zurückzukommen auf das Thema private Interessen und öffentliche Interessen, möchte ich noch kurz an den gestrigen Tag erinnern, an welchem sogar Bundesrat Moritz Leuenberger und Benedikt Weibel froh waren, dass einige private Fahrzeuge geholfen haben, SBB-Kunden heimzufahren.

## **7. Umwelt, Raumordnung - 9. Finanzen, Steuern**

Keine Bemerkungen.

### **Artengliederung**

**Charles Meier:** Ich möchte auf die Position 31 Sachaufwand aufmerksam machen mit einem Betrag von Fr. 13.2 Mio. Ich bitte den Gemeindeammann oder die Fiko mich zu korrigieren, wenn ich von einer falschen Annahme ausgehe. Meines Wissens gibt es keinen zentralen, professionellen Einkauf in der Gemeinde. Ich habe mit einem Fachmann der Einkaufsbranche geredet und ich weiss auch aus meiner eigenen früheren Tätigkeit, dass hier Sparpotential drin liegt. Das würde heissen, dass das Sparpotential zwischen 1 Mio. bis 1.3 Mio. liegen dürfte oder etwa bei 2.5 bis 3 weiteren Steuerprozenten. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. Wir haben zum Beispiel die Position Dienstleistungen, Honorare. Ich nehme an, dass diese Berater einen ganz anderen Stundenansatz verrechnen können als der Einwohnerratstarif von netto Fr. 10.00 pro Stunde.

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Doch, es gibt einen zentralen Einkauf von Büromaterialien etc.; dieser zentrale Einkauf wird periodisch mit der Einholung von neuen Offerten überprüft. Es trifft zu, dass hier ein grosses Sparpotential liegt; dieses ist aber bereits realisiert worden. Bei Aufträgen auf Honorarbasis ist der Gemeinderat der freien Marktwirtschaft ausgesetzt resp. kann von den angespannten Konkurrenzverhältnissen profitieren. So sind beispielsweise Tarife von Verbänden kein Tabu: die Konkurrenz spielt.

### **Rückkommen**

**Thomas Bodmer:** Das ist mir etwas zu schnell gegangen. Auf Seite 157 Finanzausgleich möchte ich die Frage stellen, ob die Annahme richtig ist, dass der Betrag, welcher die Gemeinde Wettingen nach neuem Finanzrecht, also nach der Abstimmung von anfangs Juni, bezahlen muss, nicht mehr vom Steuerfuss abhängig ist. D.h. dass nur noch verschiedene Faktoren da mitspielen. D.h. dass wir künftig den Steuerfuss unabhängig vom Finanzausgleich senken können, so das wir nicht mehr bestraft werden mit zusätzlichen Zahlungen an den Kanton, wenn wir dem Gewerbe und den Personen einen günstigen Steuerfuss offerieren.

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Ja und Nein. Ja, es ist richtig, dass der Finanzausgleich nicht mehr voll vom Steuerfuss abhängig ist, sondern von anderen Faktoren. Nein, weil der neue Finanzausgleich erst ab 2008 gilt.

**Charles Meier:** Ich möchte noch etwas sagen zur Unterhaltung. Es ist auch ein Lob an den Kanton Aargau und an die Gemeinde Wettingen. Ich hatte eine Liegenschaft im Kanton Waadt. Bekannt ist ja, dass der Kanton Waadt seiner Kantonbank mit ca. Fr. 1 Mia. unter die Arme greifen musste. Dieses Debakel konnte man in der Presse nachlesen. Ich habe erfahren, dass dieser Kanton derart in finanziellen Nöten ist, dass er ab Ende oder anfangs Mai jeden Monat eine Steuerrate erhebt. Dies ist nicht so grosszügig wie im Kanton Aargau, wo man per 30. April mit Skonto zahlen kann oder per 31. Oktober netto. Ich lobe hier also etwas vom Kanton Aargau und von Wettingen.

**Marianne Weber:** Ich möchte etwas entgegnen zum Votum von Herr Meier. Ich möchte zurückkommen auf Seite 151. Herr Meier hat sich geärgert, dass der Ertrag der Parkplätze so hoch ist. Aus wirtschaftlicher und ökonomischer Sicht betrachtet heisst dies, dass die Parkplätze einer grossen Nachfrage entsprechen. Die Nachfrage ist so gross, weil der Preis dafür anscheinend stimmt. Wenn der Betrag effektiv zu hoch wäre, würden sie eher mit dem Velo oder dem Bus kommen. Anscheinend ist der Preis richtig.

Zweitens zu den Bussen: Wir haben ein Strassenverkehrsgesetz und ein Gesetz ist da um eingehalten zu werden. Wenn Gesetze übertreten werden, wird man bestraft. Es wird ja nur ein kleiner Prozentsatz zur Kasse gebeten. Ich denke, ein Rechtsstaat hat so zu funktionieren. Wenn sich jeder Autofahrer an die Regeln halten würde, hätten wir in diesem Bereich keine Einnahmen mehr.

**Chales Meier:** Ich möchte dazu noch ganz kurz zwei Sachen bemerken. Frau Weber wohnt in einem Arzthaushalt. Ihr spielen eine Parkgebühr von 30 Rappen keine Rolle, vielleicht auch 50 Rappen nicht, vielleicht liegt sogar 1 Franken drin. Auch mir würde diese Differenz nicht viel ausmachen, vielen anderen Leuten aber schon.

Und zum zweiten hoffe ich, dass Sie im Gegensatz zu mir einen Heiligenschein haben, dass Sie noch nie eine Busse bezahlen mussten und dass Sie immer korrektes Verhalten zeigen. Es ist ja theoretisch möglich, dass auch Sie mal eine Übertretung begehen. Ich kenne hoch angesehene Leute, welche im Kanton Graubünden wie Verbrecher behandelt worden sind, weil sie einmal eine Verkehrstafel übersehen haben. Es ist ganz klar, dass unser Strassenverkehrsgesetz kommerzialisiert wird und das dieser Aspekt nichts mehr mit der Strassenverkehrssicherheit zu tun hat. Wir haben in meinem Wohnquartier Tempo 40 gehabt, das hat wunderbar funktioniert. Jetzt haben wir Tempo 30. Gestern wurde an der Rebbergstrasse eine neue Baustelle eröffnet. Die Fimra Voser bringt den Kran zu dieser Baustelle und der Sattelschlepper muss dann rückwärts bis zur Kirche St. Sebastian fahren, wobei trotz der Gefährlichkeit dieses Rückfahrmanövers weit und breit keine Polizei sichtbar war. Sie ist aber schön regelmässig unterhalb des St. Bernhard mit dem Radargerät präsent. Irgendeine junge Frau oder ein junger Mann geht dann sein Mütterli im Altersheim besuchen und kann zum Dank dann eine Busse mit nach Hause nehmen. Ich lasse Ihnen die Freude, Frau Weber, ich wohne nicht mehr lange hier.

**Marianne Weber:** Der Herr Meier wird persönlich, deshalb kann ich auch persönlich antworten. Also wegen mir ist der Ertrag der Parbussen in Wettingen nicht so hoch. Zum zweiten hatte ich auch schon eine Busse, eine Parkbusse von Fr. 40.00.

**Thomas Bodmer:** Stossender an einer Busse ist nicht die eigentliche Kontroverse mit der das Strassverkehrsgesetz durchzusetzen versucht wird. Stossend ist die Einseitigkeit wie in diesem Land Verstösse geahndet werden. Wenn über 90 % aller Anzeigen der Gemeinde Wettingen laut Rechenschaftsbericht auf Parkbussen und Geschwindigkeitbussen zurückzuführen sind, dann stimmt etwas nicht. In Wettingen werden Schmierereien veranstaltet und Kinder werden in der Schule zusammengeschlagen, gerade heute ist mir ein solcher Fall zu Ohren gekommen. In Wettingen geschehen alle möglichen Arten von Straftaten, aber man fokussiert sich einseitig auf den Strassenverkehr, schliesslich ist es bequem und einfach einen Radar an den Strassenrand zu stellen.

**Stefan Meier:** Ich möchte auch zum Thema Wohlbefinden und Sicherheit eine Frage stellen. Wie viele Bussen sind ausgestellt worden wegen Nachtruhestörung von Leuten, welche in Quartieren Lärm machen und Bewohner, vorab Steuerzahler, belästigen. Die Verursacher sind meistens Jugendliche in den von der Gemeinde unterstützten Jugendhäusern. Ich möchte von der Gemeinde wissen, ob dort auch schon Bussen ausgesprochen worden sind. Ich habe davon noch nichts gehört. Ich höre nur, dass wenn jemand einen Antrag macht an die Gemeinde, dass man dann nachschauen geht und keine Störung der Nachtruhe feststellt. Ich habe noch nie gehört, dass jemand gebüsst worden ist. Das Jugendhaus ist inzwischen die ganze Woche offen und der Lärm dauert auch die ganze Woche. Es ist nicht mehr wie früher. Ich möchte wissen, wo hier die Bussen ausgesprochen werden.

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Selbstverständlich werden auch in diesem Bereich Kontrollen gemacht. Bei Nachtruhestörungen schreitet die Polizei ein, wenn sie im Rahmen ihrer Patrouillentätigkeit solche Feststellungen macht oder wenn ihr Störungen gemeldet werden. Häufig gelingt es allerdings den Störern, beim Eintreffen der Polizei zu verschwinden. Wenn Störungen im Rahmen von Veranstaltungen erfolgen, werden auch die Veranstalter in Pflicht genommen.

**Stefan Meier:** Ich bin vor 14 Tagen beim Reginaparkplatz hingefahren, wollte ein Ticket lösen und wartete an dritter Stelle. Als ich zurückschaue, sah ich die Polizei wie sich mich bereits aufschrieb. Ich habe gepfiffen und mit dem Portemonnaie gewunken, ich sei hier. Als ich das Ticket gelöst habe, war der Polizist verschwunden. Ich habe mich anschliessend beim Polizeichef gemeldet und die Situation geschildert. Ich sagte, dass die Parkplätze nicht so progressiv bewirtschaftet werden müssen, dass wenn ein Auto hinfährt und man dann gleich eine Busse erhält. Er hat dann gesagt, dass ich sicher auch schon Fehler gemacht habe. Ich habe gesagt, ich sei nicht fehlerfrei. Aber es hängt damit zusammen, ab der ersten Sekunde eine Busse zu bezahlen.

## **EWV**

Keine Bemerkungen.

Rückkommen wird nicht verlangt

## **Abstimmung**

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

### **Beschluss des Einwohnerrates**

Die Verwaltungsrechnungen 2004 der Einwohnergemeinde sowie des Elektrizitäts- und Wasserwerkes werden genehmigt.

## 5 **Rahmenkredit von Fr. 258'000.00 für die Sanierung der Kindergartenumgebungen**

**Franz-Beat Schwere:** In den vergangenen Jahren wurden diverse Kindergärten saniert. Der Gemeinderat hat dabei bewusst zum Teil auf eine Umgebungsgestaltung verzichtet, weil er dafür ein Gesamtkonzept erarbeiten wollte. Der vorliegende Rahmenkredit über Fr. 258'000.00 zeigt nunmehr die Kosten und Prioritäten der Umsetzung der Umgebungsgestaltung für die kommenden Jahre auf. Die Schulleiterin der Kindergärten, Frau Franziska Ackermann, und die Abteilung Bau- und Planung waren massgeblich an der Ausarbeitung dieses Konzeptes mitbeteiligt. Die Erneuerung der KG-Umgebung ist gemäss Investitionsprogramm für die Jahre 2005 – 2007 vorgesehen.

Die Kreditvorlage wurde zusätzlich mit Auswertungen und Tabellen ergänzt, damit eine klare Transparenz der aktuellen Situation ersichtlich ist. Es wird festgehalten, dass rund 3% der Kinder einen privaten Kindergarten (Wald-Kindergarten in Baden oder Montessori-Kindergarten) besuchen. Aufgrund der tieferen Anzahl von Kindergärtnern müssen im Schuljahr 05/06 für mindestens ein Jahr die Kindergärten Langenstein 2 und Hardmatt geschlossen werden, da sich weniger Kinder für die gemeindeeigenen Kindergärten eingeschrieben haben als die Schulleitung aufgrund der Kinderzahlen in den Einzugsgebieten angenommen hatte.

Die Spielgeräte in den meisten Kindergärten müssen in Bezug auf die Sicherheit verbessert werden. Diesbezüglich ist vorgesehen, Fallschutzplatten aus Gummigranulat anzuschaffen, da diese unterhaltsfrei und hygienisch unbedenklich sind. In der Kreditvorlage wird weiter auf die zu kleinen Aussengeräteräume hingewiesen und es ist geplant, in den Kindergärten gemäss Prioritäten I und II (ausser Kindergarten Langenstein) diesem Mangel Rechnung zu tragen.

Spielgeräte, welche noch funktionstüchtig sind und den Sicherheitsnormen genügen, werden weiterhin beibehalten. Die Tabelle mit den bestehenden Spielgeräten bekräftigt den Entscheid, den Rahmenkredit vermehrt für eine natürliche Gestaltung mit Hügeln und Bepflanzungen einzusetzen.

Die Kosten und Prioritäten der Umsetzung wurden auf 3 Jahre verteilt. Dabei werden die beiden Kindergärten Mattenstrasse und Lindenhof vorgezogen, da dort die grössten Mängel und Risiken seitens der Schulleitung und Bau- und Planungsabteilung identifiziert worden sind. Stimmt der Einwohnerrat diesem Rahmenkredit heute Abend zu, soll noch dieses Jahr die Umgebungsgestaltung an der Mattenstrasse und im Lindenhof an die Hand genommen werden.

Die Ermittlung der Kosten wurde aufgrund von Submissionen berechnet und die Eigenleistungen des Werkhofs von ca. Fr. 6'500.00 sind ebenfalls im Kreditantrag enthalten.

Der Rahmenkredit über Fr. 258'000.00 wird in den kommenden drei Jahren in acht Kindergartenumgebungen (inkl. Geräte und Aussengeräteräume) investiert und ist zu begrüssen. Entgegen der Kreditvorlage werden die Umgebungsgestaltungen für die Prioritäten II und III bereits in den Jahren 2006 und 2007 und nicht erst in den Jahren 2007 bzw. 2008 durchgeführt.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig bei 7 Anwesenden, dem Rahmenkredit von Fr. 258'000.00 für die Sanierung der Kindergartenumgebung zuzustimmen.

**Marianne Weber:** Ich spreche für das Forum 5430 und die EVP. Ich möchte gerne eine Änderung beantragen resp. einen Ergänzungsantrag stellen und zwar auf Seite 3, im Abschnitt 4. Der erste Satz soll wie folgt ergänzt werden: "mit einheimischer und standortgerechter" Bepflanzungen. Es ist uns ein Anliegen, dass wenn Bäume und Sträucher gepflanzt werden, dass einheimische Produkte verwendet werden. Ich bringe den Ergänzungsantrag gleich nach vorne.

**Daniel Huser:** Ich möchte beliebt machen, das Anliegen von Frau Weber in Form einer Anregung entgegenzunehmen. Wir werden dies aufnehmen und prüfen und so weit möglich dann entsprechend umsetzen. Die Bau- und Planungsabteilung kann dann zusammen mit der Schulleitung Kindergarten entscheiden.

**Marianne Weber:** Ich habe schon mal ein Postulat eingereicht, um die einheimische Bepflanzung auf öffentlichem Grund zu fördern. Es gibt keinen Grund dies nicht zu tun. Einheimische Pflanzen sind schön, fördern das Vogelreichtum und die natürliche Vielfalt. In jeder anderen Stadt ist dies selbstverständlich. Gehen Sie nach Zürich und sehen Sie es sich an. Nur bei uns ist es problematisch. Wenn die einheimische Bepflanzung umgesetzt wird, kann ich auf meinen Antrag verzichten.

**Daniel Huser:** Ich kann nichts garantieren, wir werden dies überprüfen.

**Marianne Weber:** Ich halte am Antrag fest.

**Charles Meier:** Die SVP stimmt dem gemeinderätlichen Antrag zu. Was die beantragten einheimischen Pflanzen betrifft, wäre unsere Familie sicher bereit, von den staatlich geschützten Brombeeren am Sulperghang einige Pflanzen abzugeben.

**Markus Maibach:** Die Fraktion SP/WettiGrünen unterstützt den gemeinderätlichen Antrag sowie denjenigen von Marianne Weber. Ich möchte noch etwas zur Korrektur geben was von der Fiko falsch erläutert wurde und möglicherweise einige irritiert hat. Selbstverständlich werden die Prioritäten wie folgt umgesetzt: Priorität 1 im 2005, Priorität 2 im 2006 und Priorität 3 im 2007.

### **Abstimmung**

Der Ergänzungsantrag von Marianne Weber zur Bepflanzung mit einheimischen Sträuchern wird mit 24 : 11 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, angenommen.

In der Schlussabstimmung wird folgender Beschluss mit 41 : 1 Stimmen beschlossen:

### **Beschluss des Einwohnerrates**

1. Für die Sanierung der Kindergartenumgebungen wird ein Kredit von Fr. 258'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.
2. Zur Bepflanzung sind einheimische und standortgerechte Pflanzen zu verwenden.

## 6 Machbarkeitsstudie tägi; Zwischenbericht

**Hans-Ulrich Sauser:** Die Fraktion SP/WettiGrünen hat den Zwischenbericht zustimmend zur Kenntnis genommen und dankt dem Gemeinderat. Das vorgeschlagene Vorgehen mit einer Machbarkeitsstudie und einer Begleitkommission findet ebenfalls unsere Zustimmung. Allerdings haben wir ein paar Fragen zum Hintergrund der Prioritätenordnung und möchten gerne wissen, wie diese zustande gekommen ist. Welches sind die zugrunde liegenden Kriterien (Dringlichkeit, Machbarkeit, Popularität, Finanzierbarkeit etc.)? Wie verbindlich sind diese zum Voraus festgelegten Prioritäten? Speziell interessiert uns diese Frage im Zusammenhang mit den Parkierungsmöglichkeiten als 2. Priorität und die S-Bahnhaltestelle als 3. Priorität.

**Marianne Weber:** Auch wir von der Fraktion EVP/Form 5430 begrüßen das vorgeschlagene Vorgehen. Ich habe noch eine Frage resp. das gleiche Anliegen wie Hans-Ulrich Sauser. Ich möchte gerne wissen, nach welchen Kriterien die Prioritäten gesetzt worden sind.

**Charles Meier:** Aus Sicht der SVP müssen zuerst finanzielle Leitplanken definiert werden, bevor darüber entschieden werden kann, was verwirklicht wird und was nicht. Zweitens möchten wir wissen, wie viel in der Vergangenheit finanziell ins tägi investiert worden ist. Diese Studie finde ich gut. Aber im Bezug auf den bisherigen Unterhalt und die übrigen Kosten möchten wir mehr Informationen haben. In diesem Sinne können wir der Vorlage zustimmen. Ich möchte dem Gemeinderat nahe legen, die bisherigen Kosten zu erheben. Ich möchte auch anregen, dass abgeklärt wird, ob an Stelle teurer externer Ingenieurbüros oder Beratungsfirmen die bestimmte Erhebungen für diese Studie durch regionale Schulen wie z.B. die Bauingenieurschule der HTL, die HWV oder aber auch durch Fachleute unserer Verwaltung durchgeführt werden können, welche über das entsprechende Know-how verfügen.

**Eva Lanz:** Das Tägerhard ist ein wesentlicher Standortvorteil unserer Gemeinde und wir setzen damit einen regionalen Akzent. Von der FDP aus begrüßen wir die Machbarkeitsstudie als Grundlage für die zukünftige Ausrichtung des tägi sehr. Aus dem Zwischenbericht entnehmen wir, dass die Planungsarbeiten diesmal zügig angegangen werden.

**Thomas Bodmer:** Ich möchte hier noch meine persönliche Meinung abgeben. Das Tägerhard kostet und das darf es auch. Diese Aussage hört man viel. Ich habe es selbst erlebt, dass der Gemeindeammann diese Ansicht öffentlich vertreten hat. Wenn man aber von Zeit zu Zeit die Aufgabe des tägi überdenkt, ist dies durchaus sinnvoll. Ich befürchte, dass durch diese Machbarkeitsstudie die Erwartungshaltung für neue Angebote, welche der Steuerzahler finanzieren soll, erhöht wird. Wenn ich die Prioritätenordnung anschau, bekomme ich den Eindruck, dass es nur darum geht, Baden zu kopieren und die gleichen Angebote zu haben.

Die laufenden Betriebskosten betragen pro Jahr Fr. 1.5 Mio. Das sind 4 Steuerprozent. Nicht enthalten sind darin die Investitionen in mehrstelliger Millionhöhe, welche über mehrere Jahre investiert worden sind. Dies wären weitere 6 bis 7 Steuerprozent.

Was mich besonders stört ist, dass nicht einmal der Restaurationsbetrieb vollkosten-deckend betrieben werden kann. Der Pachtzins ist lächerlich tief. Jedes Coca Cola und jedes Essen in diesem Betrieb wird zu mehr als 50 % durch den Steuerzahler bezahlt. Es kann zwar in der laufenden Rechnung jeweils ein minimaler Überschuss ausgewiesen werden. Berücksichtigt man aber die Abschreibungen auf die Investitionen, ca. 2 Mio. auf die Kücheneinrichtung, wäre der Betrieb regelmässig im Minus. Hier ist es mir sehr wichtig, dass dies richtig betrachtet wird. Es müssen alle Kosten berechnet werden. Wenn die Projekte, welche realisiert werden, zu einer Erhöhung des Gesamtbetriebskostendefizits führen sind, wird es gegen diesen Ausbau des Tägerhards Widerstand geben.

**Gemeindrat Robert Picard:** Ich möchte zuerst einmal sagen, wieso wir diesen Zwischenbericht gemacht haben. Wir wollen heute eigentlich eine klare Aussage machen. Wir haben aber unterschätzt, wie viele Eingaben gemacht wurden, was hier alles dahinter steht. Vor allem haben wir festgestellt, dass wir keine Kreditsumme berechnen können, ohne dass wir die einzelnen Projekte kennen. Wir wollten nicht verantworten, einfach einen Betrag aus dem Ärmel zu schütteln. Deshalb möchten wir eine Begleitkommission, was sich übrigens beim Zentrumsplatz sehr gut bewährt hat, einberufen. Diese Begleitkommission würde in der ersten Phase unter Einbezug eines Fachmannes die Submissionsunterlagen, die Kreditsumme und den Antrag an den Einwohner-rat erarbeiten. In der zweiten Phase geht es um die Erarbeitung der eigentlichen Machbarkeitsstudie.

Nun zu den Fragen, welche gestellt worden sind: Ich muss ganz klar sagen, die Prioritäten haben wir erarbeitet nach der Realisierbarkeit einerseits und den gesetzlichen Vorschriften, z.B. Grundwasserschutzzone, andererseits. In den Prioritäten ist mehr oder weniger alles aufgeführt, was in der Vernehmlassung eingegangen ist. Selbstverständlich sind noch viele weitere Vorschläge eingegangen, welche aus unserer Sicht aber nichts mit der Machbarkeitsstudie zu tun haben. Wenn zum Beispiel gewünscht wird, dass Vereine im Saal selber wirteln können, hat dies mit der Machbarkeitsstudie nichts zu tun. Die Prioritätenordnung verstehen wir als Diskussionsgrundlage und Arbeitspapier für die Arbeitsgruppe. Die Ordnung ist nicht definitiv und kann deshalb durchaus verändert werden. Dies liegt in der Kompetenz der Begleitgruppe. Das wäre die Frage gewesen von Herr Sauser und Frau Weber.

Zum Votum von Charles Meier: Ich weiss nicht was die finanziellen Leitplanken mit der Machbarkeitsstudie zu tun haben. Wir wollen ja wissen, was liegt drin, wir sagen dann was wir uns leisten können und was nicht. Dann werden die finanziellen Leitplanken gesetzt. Aber wenn wir im Voraus Leitplanken setzen, dann brauchen wir keine Machbarkeitsstudie. Die finanzielle Vergangenheit nehme ich zur Kenntnis. Das ist etwas, dass wir auflisten können.

Zum Votum von Thomas Bodmer: Sie werden in den nächsten Tagen in der Zeitung lesen, dass wir die Verpachtung des Restaurants neu ausschreiben werden. Bei der Suche nach einem neuen Pächter spielen Angebot und Nachfrage. Wenn wir keinen Pächter finden zum angebotenen Pachtzins, dann nützen alle guten Wünsche nach einem höheren Pachtzins nichts.

**Marianne Weber:** Ich möchte wissen, wie die Auswertung zu Stande gekommen ist. Wer hat diese vorgenommen? Von wem wurden Vorschläge eingereicht? Werden die Gruppierungen, welche Vorschläge eingereicht haben, über das weitere Vorgehen informiert?

**Gemeinderat Robert Picard:** Die Auswertung hat der Ausschuss des tägi erstellt. Ich gebe zu, dass wir die Schreiben, welche eingegangen sind, in der Aktenauflage hätten auflegen sollen. Da gebe ich Ihnen Recht. Wir werden Ende Jahr, dies haben wir bereits beschlossen, alle einladen, welche sich an der Vernehmlassung beteiligt haben. Dann wird bekannt gegeben, was bei der Vernehmlassung eingegangen ist und dann werden die Vorschläge besprochen und die Absichten der Begleitkommission bekannt gegeben. Wir sind der Meinung, dass nicht nur politische Vernehmlasser sich äussern können und erfahren was gemacht wird, sondern auch die Vereine und Firmen informiert werden sollten. Es wird also sicher eine Orientierung stattfinden.

**Charles Meier:** Ich möchte gerne noch etwas ergänzen wegen den finanziellen Leitplanken. Das gehört durchaus an den Anfang. Ich schätze es geht um Investition in der Höhe von mind. 5 Millionen, das sind 10 Steuerprozent. Wir können als Einwohnerrat dem Gemeinderat sagen, dass es nicht mehr als 10, 12 oder 15 Steuerprozent kosten darf. Das wäre dann der Rahmen, auf dem man aufbauen kann. Die gleichen Informationen erhalten wir ja auch bei Schulhausbauten oder anderen teuren Projekten. Wir können dies durchaus hier auch machen.

**Gemeinderat Robert Picard:** Wenn wir eine Machbarkeitsstudie machen wollen, können wir nicht zuerst den Rahmen durch eine Summe einschränken. Was wir dann machen wollen, wird in einem Antrag dem Einwohnerrat unterbreitet. Aber wir können doch nicht im Voraus eine Einschränkung machen. Das geht nicht und ist nicht der Sinn und Zweck einer Machbarkeitsstudie.

**Einwohnerratspräsident:** Der Zwischenbericht ist nur zur Kenntnisnahme.

### **Beschluss des Einwohnerrates**

Vom Zwischenbericht betreffend die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie in Bezug auf die künftige Nutzung und deren Investitionen für das tägi wird Kenntnis genommen.

## **7 Postulat Pia Müller vom 20. Januar 2005 betreffend Prüfung der Anstellung einer Springer-Lehrperson; Ablehnung**

**Yvonne Feri:** Ich hoffe, ich kann Pia Müller einigermaßen gut vertreten. Der Gemeinderat ist gebeten worden zu prüfen, ob eine Springer-Lehrperson angestellt werden kann. Wettingen hat im laufenden Jahr mit der Umsetzung des Konzepts zur Schulqualitätsentwicklung begonnen. Dieses beinhaltet auch gegenseitige Unterrichtsbesuche. Das bedeutet, dass jeweils für eine Lektion eine Klasse unbeaufsichtigt ist. Es ist daher zu begrüssen, wenn für diese Zeit eine professionelle Vertretung vorhanden wäre. Ebenso kann diese Springer-Lehrperson bei Krankheitsabwesenheiten eingesetzt werden. Wettingen verfügt über eine gut organisierte Schulleitung, welche den Einsatz der Springer-Lehrperson koordinieren könnte. Es ist klar, dass eine Springer-Lehrperson nur an einem Ort auf einmal eingesetzt werden kann. Ich bin gespannt auf die Antwort des Gemeinderates.

**Vizeammann Heiner Studer:** Die Schulleitungen haben eine Aufstellung gemacht, aus welcher hervorgeht, dass mit einer Springer-Lehrperson bei weitem nicht alle Stundenausfälle gedeckt werden können. Es kommt selten vor, dass nur eine oder zwei Lehrpersonen abwesend sind. Zudem ist es problematisch, mit einer Springer-Lehrperson alle Bedürfnisse der verschiedenen Schulstufen abzudecken, da die Anforderungen sehr unterschiedlich sind. Auch ist fraglich, ob sich für solche Einsätze überhaupt Personen verpflichten lassen können, da die Arbeitseinsätze sehr sporadisch sind und trotzdem eine hohe Präsenz fordern.

Bei einem Ausfall einer Lehrkraft ist die Gemeinde in den ersten 5 Tagen für einen Ersatz verantwortlich, ab dem 6. Tag übernimmt der Kanton die Kosten für den Ausfall. Die vorgeschlagene Lösung ist in dieser Form nicht praktikabel, weshalb der Gemeinderat das Postulat nicht entgegen nehmen will.

**Yvonne Feri:** Ich danke für die Antwort, wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat dieses Postulat nicht entgegen nimmt. Die vorgeschlagene Variante ist aber eine bessere Lösung, als nicht betreute Schulklassen oder der Ausfall von Unterrichtsstunden. Wir werden auf alle Fälle an diesem Thema dran bleiben. Am idealsten wäre ein Pool, auf den man zurückgreifen könnte. Es wären dort mehrere Lehrkräfte aus verschiedenen Schulstufen vertreten.

**Thomas Bodmer:** Das Thema ist sicher aktuell und die Forderungen sind berechtigt. Die Schulleitung hat die Führungsaufgabe wahrzunehmen, bei Ausfall von Lehrkräften eine Stellvertretung zu suchen. Ich weiss aus eigener Erfahrung, weil meine Frau als Stellvertretung in Würenlos arbeitet. Dort ist der Bedarf nach Stellvertretungen so gross, dass mehr als eine Lehrkraft eingesetzt werden muss. Mit einer Springer-Lehrperson ist das Problem nicht gelöst. Der Bedarf kann damit nicht gedeckt werden. Eine Pool-Lösung wie von Frau Feri erwähnt wäre sicher besser geeignet.

**Vizeammann Heiner Studer:** Im letzten Punkt bin ich mit Thomas Bodmer einig. Aber dies ist nicht der Wunsch des Postulates. Im Postulat geht es um die Schaffung einer 50 %-Anstellung und dies ist in dieser Art so nicht realisierbar.

#### **Beschluss des Einwohnerrates**

Das Postulat wird mit 28 : 5 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

#### **8 Motion Werner Hartmann vom 12. Mai 2005 betreffend Verkleinerung des Einwohnerrates auf 30 Mitglieder; Ablehnung**

**Werner Hartmann:** Ich möchte die schriftlich vorliegende Begründung nicht wiederholen, sondern nur ergänzen. Am heutigen heissen Tag ist der Vorteil eines kleineren Einwohnerrates offensichtlich, das Klima wäre deutlich besser. Dazu soll es Studien über die Wirksamkeit parlamentarischer Vorstösse geben. Der Motionskoeffizient berechnet sich grob als Produkt der zu erwartenden Einsparung und des qualitativen Mehrwertes. Gemäss heutiger Rechnung von Dr. Charles Meier kostet 1 Minute Einwohnerratssitzung rund 10 Franken. Dr. Charles Meier hat heute gemäss meiner Statistik rund Fr. 670.00 an Kosten verursacht. Ich werde es auf ca. Fr. 38.00 bringen. Das sind geringe Kosten, die bei einer Verkleinerung des Einwohnerrates eingespart werden könnten. Der qualitative Mehrwert, welcher beim Wegfall der Voten von Dr. Charles Meier und mir entstehen könnte, dürfte aber nicht unerheblich sein. Ich bin gespannt auf die Antwort des Gemeinderates.

**Gemeindeammann Dr. Karl Frey:** Grundsätzlich ist die Frage der Grösse des Einwohnerrates eine Angelegenheit des Einwohnerrates, in die sich der Gemeinderat nicht einmischen will. Bei einer Motion hat jedoch der Gemeinderat dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zu stellen. Gemäss Gemeindegesetz hat der Einwohnerrat zwischen 30 und 80 Mitglieder zu umfassen. Die Situation ist folgende: Aarau, Baden, Brugg und Wettingen haben 50 Mitglieder, Buchs, Lenzburg, Obersiggenthal, Windisch, Wohlen und Zofingen haben 40 Mitglieder. Der Gemeinderat beantragt aus zwei Gründen die Ablehnung der Motion: Von seinem Wesen her ist der Einwohnerrat nicht mit dem Grossrat vergleichbar; er ist Ersatz für die Gemeindeversammlung; deshalb ist eine möglichst grosse Repräsentanz der Bevölkerung anzustreben; sonst sind Kreise der Bevölkerung ausgeschlossen; die Bevölkerung wird nicht nur durch den Einwohnerrat als Gesamtes vertreten, sondern auch durch die einzelnen Ratsmitglieder, die den einzelnen Bevölkerungsgruppen nahe stehen. Zweitens: Der Spareffekt bei einer Reduktion wäre im Vergleich zum Nachteil der geringeren Repräsentanz nur klein, ca. Fr. 10'000.00 bis Fr. 14'000.00 pro Jahr; eine Effizienzsteigerung dürfte unerheblich sein. Die Frage der Anzahl Kommissionen kann nicht Gegenstand der Motion sein, sondern liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Dazu ist festzuhalten: In jeder neuen Amtsperiode wird die Notwendigkeit der bisherigen Kommissionen überprüft; soweit Kommissionen eigene Kompetenzen haben, sind diese kantonalrechtlich festgelegt; eine Abtretung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten an die Verwaltung ist deshalb nicht möglich. Ausserdem sind Kommissionen bürgernahe Institutionen. Der Gemeinderat beantragt daher die Ablehnung der Motion.

**Werner Hartmann:** Ich bin schon überrascht, dass wir mit unserem Vorstoss so wenig Gegenliebe finden. Da machen wir einen Vorstoss zur Steigerung der Effizienz und Senkung der Kosten und finden bei den anderen Parteien keine Resonanz. Wenigstens ist mit der Antwort des Gemeinderates und den Pressemitteilungen der Parteien klar, dass für die nächsten 8 Jahre eine Reduktion des Einwohnerrates auch für die SVP, FDP und CVP kein Thema ist. Ich will die Sitzung nicht unnötig verlängern und ziehe die Motion zurück.

Wettingen, 12. August 2005

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates**

**Präsident**

Marcel Huggenberger

**Protokollführerin**

Sibylle Hunziker